

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 39. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 7/8 2004

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–15

**Erleichterte Einbürgerung
fördert die Einwanderung, denn jeder
Eingebürgerte wird wieder durch mehr
als einen Neueinwanderer ersetzt!**

Eidgenössische Abstimmungen vom 26. September 2004: Mit Masseneinwanderungen wollen die Regierungsparteien die totale Zerstörung unseres Volkes endgültig besiegeln. Wir rufen alle auf, gegen diese beiden Abstimmungsvorlagen anzukämpfen.

Nein zu erleichterten Einbürgerungen!

Wir freuen uns, dass es den SD im Kanton Thurgau gelungen ist, das Gesetz für einen weiteren Ausverkauf der Heimat (Liegenschafts- und Bodenverkäufe an Ausländer) zu bodigen. Hoherfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass es in Pratteln/BL anlässlich einer Volksabstimmung gelungen ist, den Bau eines Asylantenheims zu verhindern. Mit grosser Genugtuung haben wir vermerkt, dass in vielen Ländern bei den Wahlen ins EU-Parlament EU-kritische Parteien stark an Mandaten zugelegt haben...

POSTCODE 1
AZB 5332 Rekingen

**SD-Grosskundgebung am 1. August 2004 in
Basel: Begeht mit uns den Nationalfeiertag!**

Detaillierte Einladung siehe Seite 5.

Aber es mangelt uns an Geld:

**Deshalb rufen wir Sie abermals auf, uns mit einer
Spende tatkräftig zu unterstützen. Wir brauchen
auch Ihre finanzielle Hilfe, um in der bevorstehenden
Einbürgerungsabstimmung für unser Land und die
kommenden Generationen einen Abstimmungssieg
erzielen zu können. Vielen Dank!**

Geschäftsleitung SD-Schweiz

Inhalt

- 2 Wenn die Linke nicht weiss, was die Rechte tut
- 3 Bilaterale Verträge mit der EU
- 4 Keine erleichterte Einbürgerung!
- 5 Einladung 1.-August-Feier
- 6 Kulinarischer Kulturkampf
- 7 Die Duplik auf einen «bösen» Leserbrief
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

Der Kommentar zu einer erstaunlichen UNO-Studie von Hans Spitz, Köniz

Wenn die Linke nicht weiss, was die Rechte tut!

Umweltkonferenzen, Klimakonferenzen der UNO sollen die Menschheit aufrütteln, bevor ein ökologischer Kollaps zum SuperGAU führt. Genau in diesem Moment kommt der UNO-Experte Joseph Grinblat und fordert in seinem offiziellen Bericht:

Europa müsse eine jährliche Zuwanderung von 27 Millionen Menschen aus Drittweltländern planen, um den Bevölkerungsrückgang wegen der heutigen Geburtenzahlen zu verhindern. Tue es dies nicht, werde die Bevölkerungszahl in den 15 alten EU-Staaten innert 50 Jahren von 375 Millionen auf 330 Millionen Menschen absinken. Das aber gelte es zu verhindern, da sonst das Rentensystem unbezahlbar würde.

Man muss «im sektoriellen Denken» schon sehr geübt sein, um einer solchen Sicht folgen zu können. Man kann es nur mit Dummheit oder Einsichtslosigkeit entschuldigen, wenn jemand solche Forderungen aufstellt. Dabei ist es gleichgültig,

– ob sich diese Forderung auf die späte Erkenntnis stützt, dass die Geburtenzahlen der meisten europäischen Völker zur langfristigen Erhaltung des Bestandes des eigenen Volkes nicht mehr ausreichen, oder

– ob es um Sicherung der Arbeitskräfte für eine auf Dauerwachstum programmierte Wirtschaft, oder

– ob es um die Sorge der Sicherung unserer Sozialwerke (insbesondere der AHV-Renten), oder

– ob es um humanitäre Gründe im Sinn der Hilfe an die demographisch explodierenden Drittweltländer geht.

Gleichzeitig ist bekannt, dass der ganze Kontinent überlastet, die natürlichen Lebensgemeinschaften bedroht und der innere Friede wegen der Enge gefährdet ist. Letztlich kann es doch nur um eines gehen:

Den Menschen mit seinem Vermehrungspotenzial und seinem unbeschränkten Anspruchsdenken gegenüber den natürlichen Lebensgrundlagen in die Schranken zu weisen.

Die ganze Menschheit steht vor Problemen wie

– der demographischen Bombe – die UNO rechnet mit bis zu 11 Milliarden Menschen bis zum Jahre 2050;

– dem drohenden ökologischen Kollaps, der trotz aller UNO-Umweltkonferenzen im Hintergrund lauert;



Durch die massive Einwanderung von Menschen aus ganz fremden Kulturen (hier Albaner) wird die Ursprungsbevölkerung zusehends verdrängt.

– den Kriegen der Zukunft, die als Bürgerkriege zu Völkermorden und entsetzlichen Massakern führen werden. Sie sind als Verdrängungskriege und als Kampf um lebenswichtige Ressourcen zu verstehen und klare Folgen der Bevölkerungsexplosion und der zunehmenden Ausbeutung des Planeten.

Wenn in diesem Szenarium die 15 alten EU-Staaten, die sehr dicht besiedelt sind und dank ihres Lebensstandards und der verwendeten Technologien überdurchschnittlich hohen Anteil am weltweiten Ressourcen-Verzehr haben, ihren Bevölkerungsstand um 45 Millionen absenken würden, wäre dies ein höchst angemessener Beitrag zur Entschärfung der Selbstzerstörungsmechanik.

Diskutieren wir nun kurz die eingangs erwähnten Gründe, die zur Forderung nach weltweiter, gewollter Migration führten, und sprechen wir die Folgen an.

Die Erhaltung des Bestandes des eigenen Volkes mit Hilfe von Einwanderung

Massive Einwanderung von Menschen anderer Kulturen können zwar den zahlenmässigen Bestand eines Staatsvolkes erhalten, sein Charakter ändert sich aber sehr rasch. Bei einer allzu hohen Einwanderungsquote kann eine wirkliche Integration nicht mehr stattfinden. Vielmehr ergibt sich eine teilweise Verdrängung der Ursprungsbevölkerung, wie dies aus der Geschichte sehr wohl bekannt ist.

Seit 50 Jahren läuft dieser Prozess auch in der Schweiz. Das Erscheinungsbild der Bevölkerung hat sich in den letzten 20 Jahren mar-

kant verändert. Dass sich damit auch das kulturelle Selbstverständnis des Staatsvolkes wandelte, kann nicht übersehen werden.

Der Prozess der Bevölkerungsschrumpfung könnte mit weniger Folge-Problemen gestoppt werden, gelänge es, die Geburtenzahlen der einheimischen Bevölkerung wieder auf den Erhaltungskoeffizienten von 2,1 Kinder pro Frau anzuheben (gegenwärtig in der Schweiz weniger als 1,2).

Entsprechende sozialpolitische Anstrengungen sind jedoch wenig erfolgversprechend. Der Selbsterhaltungswillen der europäischen Staatsvölker (und des schweizerischen im besonderen) ist durch den Zeitgeist schwer beeinträchtigt. Zu denken ist an die Genussucht, die Zerstörung des biologisch bedingten Rollenverständnisses zwischen Mann und Frau, die Geringschätzung der Mutterschaft und der Hausfrauenarbeit usw.

Grundsätzliche Gedanken zur Sicherung der Sozialwerke

In der Regel wird die Problematik nur mit Blick auf die Altersvorsorge diskutiert. Vergessen werden dabei gerne die Kosten für die Erziehung und Bildung der nachwachsenden Generation.

Um ein objektives Bild zu erhalten, muss man sämtliche Nichterwerbsfähige den Erwerbsfähigen gegenüberstellen. Im Jahre 1900 mussten 100 Erwerbsfähige für 85 Nichterwerbsfähige aufkommen, nämlich für 75 Kinder und 10 Rentner. Heute ist die Gesamtbelastung auf einem Tiefpunkt angelangt: nämlich bei 37 Kindern und 24 Rentnern. Wünscht man sich tatsächlich eine andauernd wachsende Bevölkerung, steigt die Relation bis in den Bereich von 120, ja

sogar bis 150. Der derzeitige Wert von 61 Nichterwerbsfähigen auf 100 Erwerbsfähige wird von Fachleuten als unnatürlich tief bezeichnet. Er wird auf ca. 80 ansteigen. Die Belastung aus dem Jahre 1900 aber wird in unserer Gesellschaft nach aller Wahrscheinlichkeit nie mehr erreicht werden.

Ebenso wichtig für die Erwerbstätigen ist aber auch die Belastung aus dem Gesundheitssektor. Dass auf diesem Gebiet ein riesiges Korrekturpotential besteht, ist für Kenner der Verhältnisse unbestritten. Am Rande sei vermerkt, dass Einwanderer in grossem Umfang aussergewöhnlich hohe Kosten verursachen, da ihr gesundheitlicher Zustand bei der Einwanderung oftmals zu wünschen übrig lässt und die Integrationsanstrengungen eine überdurchschnittliche Belastung für das einzelne Individuum bedeuten.

Der gesundheitliche Aspekt ist im Sinn der Prävention und der Kostenvermeidung viel stärker zu gewichten als bis anhin. Deshalb sind Lebensführungsfragen (Ernährung, Trinkgewohnheiten, Genussmittel, physisches und psychisches Training) und Förderung der Selbstverantwortung (z.B. durch Prämiensplitting in der Krankenversicherung, Anwendung alternativer Heilmethoden, etc.) in der öffentlichen Diskussion permanent zu thematisieren.

Bereitstellung der Arbeitskräfte für eine stetig wachsende Wirtschaft

Wie abwegig diese Begründung ist, beweisen die Konjunkturschwankungen mit den zeitweiligen Arbeitslosen-Heeren. Die revolutionären, technologischen Entwicklungen in der Industrie- und Kommunikations-Gesellschaft mit der raschen Änderung in den Anforderungen an die beruflichen Qualifikationen lassen immer wieder zahllose Menschen in der Verzweiflung der Arbeitslosigkeit stranden, während partieller Arbeitskräftemangel entsteht.

Dieses Problem lässt sich sicher nicht durch Einwanderung in den Griff bekommen.

Im EU-Raum sind zur Zeit mehrere zehn Millionen Menschen arbeitslos. Gleichzeitig läuft die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohn-Länder auf Hochtouren. Dort aber warten Hunderte von Millionen Menschen auf bessere Erwerbsmöglichkeiten. Jede Vor-

stellung, diese wachsenden Menschenmassen könnten stets in lukrative Arbeitsprozesse eingegliedert werden, ist eine reine Utopie der Gläubigen der Dauerwachstums-Religion. Viel realistischer ist die Annahme, dass die natürlichen Begrenzungen auch für die Wirtschaft Gültigkeit haben. Die Erwerbs-Arbeitslosigkeit aber dürfte ein Dauerphänomen der modernen Gesellschaft bleiben.

Zur Sicherung der AHV-Renten in ihrem heutigen Umfang sind Tabu-Brüche notwendig

Über die sich jagenden Revisionen ist man daran, die seinerzeitige Grundversicherung in eine Art Volkspension umzugestalten.

Es ist eine Illusion zu glauben, dies sei bei gleichbleibendem Finanzierungsmodell möglich.

Die Zusammenlegung der beruflichen Vorsorge mit der AHV im Sinn einer Volkspension wäre erneut zu prüfen.

Zudem ist es ein verwegener Gedanke anzunehmen, die Alterssicherung könne unbesehen der wirtschaftlichen Situation umfangsmässig garantiert werden.

Die noch immer steigende Lebenserwartung passt schlecht zum Abbruchzwang der beruflichen Tätigkeit mit 65 Jahren. Es sind dringend neue Arbeitsmodelle zu entwickeln, die einerseits dem längeren Ruhe- und Erholungsbedürfnis des älteren Menschen gerecht werden, ihm aber andererseits möglichst lange ein erfülltes Leben ermöglichen. Und für die Mehrheit der Menschen ist der Beruf noch immer persönliche Erfüllung, die Zwangspensionierung ein Abschieben in den Wartsaal des Todes.

Viel wichtiger als eine lange dauernde Rentner-Phase ist ein erfülltes, tätiges Leben auch im hohen Alter.

Kreative Lösungen sind sehr gefragt

Sicher können die Sozialwerke bei den heutigen Rahmenbedingungen nicht dadurch gesichert werden, dass die Alterspyramide über eine dauernde Einwanderung konserviert wird.

Die Enge des Raumes in Europa (und in der Schweiz im speziellen) müsste innert weniger Jahrzehnte zu katastrophalen Zuständen führen.

Humanitäre Gründe für eine Dauerimmigration anzuführen, ist reine Heuchelei. Die Probleme der Dritten Welt sind Armut und Überbevölkerung und als Folge davon Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Eine wirksame Entlastung durch Einwanderung in die Industriestaaten ist rein zahlenmässig unmöglich. Den 1,2 Milliarden Menschen in den Industriestaaten stehen 4,8 Milliarden Menschen in den DrittWeltstaaten gegenüber. Auch bei einer sehr grosszügigen Einwanderungspolitik der Industrieländer könnten nur verhältnismässig wenige Menschen aus der Dritten Welt aufgenommen werden. Damit aber würden bereits unlösbare Probleme der Integration geschaffen und die Überbevölkerung (lies Umweltzerstörung) in der industrialisierten Welt massiv verschärft. Tragischerweise würde sich diese Migration als sogenannter «brain drain» auswirken, die Problemlösungsfähigkeit der Emigrationsländer also reduzieren und gleichzeitig die Bereitschaft und die Möglichkeiten der Industrieländer, Hilfe vor Ort zu leisten, massiv einschränken.

Die UNO-Studie – Ausdruck kurzfristigen und falschen Denkens

Trotz längerer Lebenserwartung der Bevölkerung gehen die für die Studie Verantwortlichen von gleichbleibendem Aufbau der Bevölkerungspyramide aus. Das ist völlig unsinnig.

Zur Aufrechterhaltung eines gleichbleibenden Anteils Altersrentner an der erwerbsfähigen Bevölkerung der Schweiz wäre eine Einwanderung notwendig, welche die Bevölkerung bis zum Jahre 2050 auf 13,8 Mio. ansteigen liesse (und auf 26,2 Mio. Menschen bis zum Jahre 2100).

Mit einem neuen «Babyboom» von 2,7 Kindern pro Frau müsste die Gesamtbevölkerung immer noch auf 9,3 Mio. bis zum Jahre 2050 ansteigen (15,1 Mio. bis 2100).

Wollen wir das?

Langfristig muss für Europa und die Schweiz eine Einwohnerzahl angestrebt werden, welche die ökologische Tragfähigkeit des Lebensraumes (=der Umwelt) nicht überlastet. Diese Zahl ist nach längst vorliegenden Erkenntnissen auch bei voller Ausnutzung des Sparpotentials und bei optimalem Einsatz umweltschonender Technologien weit unter dem heutigen Bestand.

Wenn wir das nicht begreifen wollen, können wir uns sämtliche Klima- und andere Konferenzen sparen. Sie werden das Ergebnis des Dauerwachstums der Menschheit und ihrer Ansprüche an die Umwelt – den ökologischen Kollaps nämlich – nicht verhindern können...



Bilaterale Verträge mit der EU

Motto: Und willst du nicht mein Freund mir sein, so schlag ich dir den Schädel ein!



Valentin J. Oehen-Christen, a. Nationalrat

Unsägliches hat sich in den vergangenen Jahren in der EU abgepielt: 14 EU-Staaten isolierten einen demokratischen Rechtsstaat – Österreich – weil eine demokratisch gewählte Partei, die immerhin fast 30% der Stimmen auf sich vereinigte, an der Regierung beteiligt wurde.

Ihr Präsident – Jörg Haider – wurde als Faschist, als Rechtsextremist und Rassist beschimpft, die Partei wurde ausgegrenzt, als ob alle ihre Mitglieder mit Pest infiziert wären. Was jedoch Haider sachlich vorzuwerfen war, beschränkte sich auf einige lockere, unbedachte Sprüche, für die er sich mehrfach hochhoffiziell entschuldigte. Seiner Partei kann nichts vorgeworfen werden, ausser dass sie energisch gegen den Postenschacher (der unter der rot-schwarzen Regierung seit Jahrzehnten ins Kraut geschossen war) antritt, eine klare bürgerlich-freiheitliche Wirtschaftspolitik zu realisieren sucht und die nationale Integrität verteidigt.

Alt-Bundespräsident Kirchschläger urteilte: *«Weil eine national eingestellte Partei in einer korrekten demokratischen Wahl beinahe dreissig Prozent der Wählerstimmen erhalten hat – eine Partei, die seit Jahren an Provinzregierungen beteiligt ist und sich bislang an alle demokratischen Grundsätze hielt, sind wir Österreicher die neuen Parias.»*

Wiens Ex-Bürgermeister Helmut Zilk (der seinerzeit Opfer eines rechtsextremistischen Fanatikers wurde, der inzwischen Selbstmord

begangen hat) meinte: *«Es handelt sich um eine klägliche Verteufelungskampagne, die mich traurig stimmt, weil man diesem Land nicht zubilligt, was die Rechtssprechung jedes demokratischen Landes selbst Raubmördern einräumt: das Recht auf Anhörung.»*

Die von Brüssel mit Hilfe der Massenmedien geschürte Hysterie war und ist ungeheuerlich, weil die EU gleichzeitig mit der Türkei Beitrittsgespräche führt, einem Land, in welchem Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Verstehen kann man das doppelböckige Spiel nur wenn man weiss, dass hinter dem Ganzen der Wille steht, eine wirtschaftliche und geistige Globalisierung zu erzwingen. Eine neue Weltordnung der Gleichmacherei, die keine Unterschiede, keine Individualität mehr duldet, sowohl bei den Völkern, wie auch bei einzelnen Menschen. Und die die Voraussetzung schafft, damit die Völker sich den mächtigeren Grossmächten dieser Welt unterwerfen.

Da Haiders Freiheitliche als österreichische Regierungspartei zum Hindernis bei der Demontage der Nationalstaaten werden könnten, müssen sie bekämpft – Haider selbst ruiniert werden. Hatte doch der Letztere z. B die Frechheit zu sagen: *«National eingestellt zu sein, bedeutet nicht, dass man Nazi ist.»*

Wo käme man hin, würde eine solche Aussage nicht geahndet. Die «Faschismus-Keule» würde wohl gegen alle unwirksam, die sich als Patrioten verstehen.

Hier liegt auch der Schlüssel zum Verständnis, wieso die Schweizerische Volkspartei SVP, Wahlsiegerin der letzten Nationalratswahlen, vom Europarat als «extremistisch mit fremdenfeindlichen Tendenzen» diffamiert wurde und Bundesrat Blocher zum Buhmann ge-

Bilaterale Verträge...

Fortsetzung von Seite 3

stempelt wurde. Übrigens – unsere linke Presse und das Fernsehen spielen diese Tour noch immer in widerlicher Art und Weise. Hier liegt auch der Grund, wieso die SD stets gehässig bekämpft und nach Möglichkeit marginalisiert wird.

Das Feindbild «Rechtsextremismus» ist das politische Schlagwort der Globalisten und Gleichmacher. Linksextremismus und Marxismus dagegen ist in der sozialistisch dominierten EU sehr wohl salonfähig.

Wie die EU mit Kleinstaaten umgeht

wurde auch bei den Verhandlungen über die bilateralen Verträge sehr eindrücklich demonstriert. Unsere Delegation und damit der Bundesrat hat in allen sensiblen, für uns wichtigen Punkten bis zur Selbstaufgabe nachgeben müssen. Selbstverständlich nur deshalb, weil sie unter dem Druck der Exportindustrie, des Grosshandels und der Internationalisten in SP, FdP und schliesslich auch der CVP um wirklich jeden Preis die Verträge abschliessen wollen. Gerade als ob es keine WTO-Regeln geben würde.

Zwei Beispiele zur Illustration:

- Der Bundesrat liess sich von der EU die Transitgebühr von ursprünglich 600 Franken auf 330 Franken herunterdrücken. Das ist bei 800'000 Transitfahrten ein Fehlbetrag von 216 Millionen Franken pro Jahr. Zusätzlich werden die Bahntransporte der Laster mit 3,3 Milliarden Franken verbilligt.
- Nach der Alpenschutzinitiative hätten die Transitgüter bis zum Jahre 2004 vollständig auf die Schiene verlagert werden müssen. Unter dem Druck der EU-Kommission hat der Bundesrat den Volkswillen völlig verraten. 600'000 40-Töner pro Jahr wurden bis 2002, 800'000 40-Töner bis 2004 bewilligt und ab 2005 soll der Verkehr mit 40-Tönnern freigegeben werden.

Bekanntlich ist das schweizerische Mittelland bezüglich Besiedlungsdichte an 2. Stelle der Welt (unmittelbar hinter Bangladesch und vor den Niederlanden). Trotzdem wurde die Personenfreizügigkeit mit schrittweiser Freigabe unseres Landes für 13 Millionen EU-Arbeitslose erzwungen. Das wird für unser Land nach der Osterweiterung schlimme Folgen haben. Weitere Millionen Arbeitsloser werden den Arbeitsmarkt über-

Die Schweizer Demokraten wenden sich vehement gegen den Vorschlag, dass Ausländer der dritten Generation bereits bei der Geburt automatisch eingebürgert werden sollen. Inakzeptabel ist auch der Vorschlag der Einbürgerungsvereinfachungen bei der zweiten Ausländergeneration, auch dann, wenn sie den grössten Teil der Schulzeit in der Schweiz verbracht hat. Völlig ungeniessbar aber ist insbesondere der skandalöse und politisch motivierte Bundesgerichtsentscheid, wonach Einbürgerungsentscheide durch das Stimmvolk nicht verfassungskonform seien und somit künftig zu unterlassen sind.

Es ist eine Tatsache, dass grosse Teile der Schweizer Bevölkerung mit der bundesrätlichen Ausländer-, Einwanderungs- und Asylpolitik nicht einverstanden sind. Ablehnende Einbürgerungsentscheide in der Gemeindeversammlung oder an der Urne sind nicht zuletzt Ausdruck dieser kritischen Haltung. Viele Menschen haben genug von jenen Politikern und Parteien, welche Asylmissbrauch und Masseneinwanderung tatenlos hinnehmen und jetzt auch noch das

schwemmen. Die Gegenmassnahmen, die jetzt vor allem von linker Seite gefordert werden, wirken weltfremd und vor allem sinnlos. Man kann nicht das Hohelied der Öffnung singen und gleichzeitig den Arbeitsmarkt abschotten wollen. Das Bevölkerungswachstum wird einen neuen Schub erhalten; die Arbeitslosigkeit markant ansteigen lassen und die Sozialwerke ausbluten. Der Abbau der Lebensqualität in unserem Lande und das weitere Ansteigen der Steuerbelastung sind bei der heutigen Politik unausweichlich.

Diese Hinweise müssten eigentlich genügen, um die Politik der FdP, der CVP und der SP zu qualifizieren. Noch schlimmer steht es um die Grünen, die sich einst für die Erhaltung der Umwelt stark machten und jetzt offenbar das Land auf dem Altar der Globalisierung mit Halleluja vernichten lassen wollen. Und übrigens:

Nur die allergrössten Kälber wählen ihre Metzger selber!



Keine erleichterte Einbürgerung!



2x Nein sagen die SD zur erleichterten Einbürgerung.

Schweizer Bürgerrecht quasi verschachern möchten.

Das Ziel dieser Bürgerrechtsrevision ist sonnenklar: **Mit Masseneinbürgerungen und durch Ausschaltung des Stimmvolkes soll der Ausländeranteil massiv gesenkt und unser Land für Zuwanderer noch attraktiver gemacht werden.**

Die direkte Demokratie in Einbürgerungsfragen ist der herrschenden Politikaste ein mächtiger Dorn

im Auge. Hiermit bekräftige ich nochmals, dass die Schweizer Demokraten gegen die zu beschliessenden Erleichterungen der Einbürgerungsvorschriften wo nötig das Referendum ergreifen werden. Niemals werden es die SD zulassen, dass das Schweizer Bürgerrecht zum Nulltarif verschleudert wird.

*Einbürgerungs-Votum
Bernhard Hess, SD-Nationalrat,
Herbstsession 2003*

Die Kriminalität feiert Urständ!

Einbürgerungsmissbrauch: Immer mehr werden – auch junge – Ausländer eingebürgert, welche auf Sozialhilfe angewiesen sind. Es geht nicht an, dass unser Sozialstaat auf diese Art und Weise ausgehöhlt wird!

BS – Messerstecherei am 8. Juni 2004: Ein eingebürgerter Schweizer srilankischer Herkunft erschiesst einen Polizisten.

BS – Erschiessung am 10. Juni: Ein Türke erschiesst seine Frau.

AG – Tödliche Messerstecherei am 18. Juni 2004: Zwei Tatverdächtige wurden festgenommen, ein 16-jähriger Spanier dominikanischer Herkunft und ein 17-jähriger eingebürgerter schwarzer Schweizer somalischer Herkunft.

BS – Messerstecherei am 19. Juni 2004: Eine 33 Jahre alte Türkin sticht ihren Ex-Freund, ein einge-

bürgerter Schweizer türkischer Herkunft, mit einem Messer nieder.

BS – Notwehr Juni 2004: Ein Basler Polizist erschiesst in Notwehr eine Türken, der mit einem 30 cm langen Messer auf ihn losgehen wollte.

ZH – Diebstahl am 25. Juni 2004: Ein 26-jähriger eingebürgerter Schweizer dominikanischer Herkunft hat einer 83-jährigen Frau die Handtasche entrisen.

Wir meinen, dass heute zu unsorgfältig, zu leichtfertig und zu schnell eingebürgert wird. Wenn das Einbürgerungswesen noch mehr gelockert werden soll, dann erhalten noch mehr fragwürdige Ausländer unseren Schweizer Pass! Darum stimmen wir 2 Mal Nein zu den erleichterten Einbürgerungen.



1.-August-Feier 2004 der Schweizer Demokraten

Herzlich willkommen in der Rheinstadt Basel

Wir Schweizer Demokraten der Kantonalpartei Basel-Stadt haben die Ehre und die Freude, Sie zur 1.-August-Feier 2004 in die traditionsreiche Basler Altstadt am Spalenberg einzuladen. Sie werden in der Umgebung unseres Versammlungsortes ein vermutlich unbekanntes Basel mit alten Häusern und verwinkelten Gässchen vorfinden. Wir freuen uns auf viele Gäste aus der ganzen Schweiz – von Romanshorn bis Genf!

Unser Festprogramm

10.00 Uhr – 11.30 Uhr	Eintreffen der Gäste im Rest. Löwenzorn, am Gemsberg 2 , in Basels schönstem Hof-Garten
10.30 Uhr	Musikalischer Auftakt mit dem Ländler-Trio Sternenber, Hofstetten. Begrüssung durch Markus Borner, Präsident SD-BS. Mitteilungen – Vorstellung der Örtlichkeit.
11.30 Uhr	Ansprache von alt-NR Dr. med. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf
12.15 Uhr – 13.30 Uhr	Gemeinsames Mittagessen
13.30 Uhr – 14.00 Uhr	Auftritt des Jodlerclubs Alphüttli, Basel
14.00 Uhr – 14.15 Uhr	Überraschung mit dem Kabarettisten Renato aus dem Kleinbasel
14.20 Uhr – 14.45 Uhr	Ansprache von SD-Zentralpräsident Rudolf Keller, Frenkendorf «Rufst Du mein Vaterland», gemeinsamer Gesang
15.00 Uhr – 15.10 Uhr	Amüsantes mit einer unvergesslichen «Basler Kabarettistin»
15.30 Uhr	Gemeinsames Singen der Nationalhymne und Schlusswort

Anreise:

Bahnreisende haben u.a. gute Verbindungen ab Zürich 8.37 Uhr; ab Luzern 8.37 Uhr; ab Bern 7.57 Uhr oder 8.23 Uhr. Ankunft im Hbf Basel jeweils kurz vor 10 Uhr. Hernach mit Tram (Nr. 8 oder 11) bis Marktplatz; Kurzstrecke lösen! Beim Marktplatz aussteigen – links Hutgasse und Spalenberg anzielen. Gehweg leicht bergauf; 5 Minuten bis zum Restaurant Löwenzorn.

Autofahrer kommen von der Autobahn und fahren – gleich aus welcher Richtung – zuerst zum **Kantonsspital** – bitte dem **Parkleitsystem** folgen – hernach via Blumenrain zum Storchenparking. Zuletzt zu Fuss (max. 5 Min.) Richtung Spalenberg (leicht ansteigend) zum Gemsberg 2, wo sich das Restaurant Löwenzorn befindet. Sonntags kostet eine Parkstunde im Storchenparking einen Franken, die dann verlängert werden kann!

Mittagessen: Es stehen primär zwei Menüs zur Auswahl:

- | | |
|--|----------|
| 1. Gemischter Salat, kalter Roastbeef-Teller mit Tartarsauce | Fr. 28.– |
| 2. Gemischter Salat, geschnetztes Schweinefleisch
«Zürcher Art» mit Nudeln und Saisongemüse | Fr. 28.– |



Anmeldung:

Eine solche ist nicht nötig. Der Anlass wird bei jeder Wetterlage durchgeführt. Im Hofgarten sind die Gäste auch vor zuviel Sonneneinstrahlung und Regen bestens geschützt. Bei einem Unwetter steht die grosse Gaststube (140 Plätze) auch zur Verfügung. Bloss gegen ein Erdbeben wären wir machtlos...

Auskünfte:

In erster Linie Tel. 061 262 03 04 (Borner),
in Notfällen 079 756 97 68 (Cattin).
Schweizer Demokraten, Postfach 4219, 4002 Basel



Kulinarischer Kulturkampf Kebab gegen Hamburger

Wie die «Tribune de Genève» kürzlich berichtete, findet zurzeit in unseren Gefilden zwischen dem Schnellimbiss amerikanischer und demjenigen orientalischer Prägung ein harter Kampf um Marktanteile statt. Um Lohnkosten sparen zu können, rekrutiert McDonald's vorwiegend Studenten, während die Kebabis, also die Inhaber von Kebablokalen, namentlich Asylanten in ihre Dienste stellen. Letzteres zu Arbeits- und Salärbedingungen, die jeder Beschreibung spotten. So bezog zum Beispiel ein kurdischer Asylsuchender bei einem Kebabi einen Tageslohn von Fr. 50.– bei einem 6-stündigen Arbeitspensum, was einem Stundenlohn von Fr. 8.35 entspricht. Neben diesem «Gehalt» kriegte er allerdings noch eine staatliche Sozialhilfe von Fr. 12.– pro Tag. Nach Erhalt der Aufenthaltsbewilligung «B» arbeitete dieser Mann beim selben Patron weiter, aber zu einem Stundenansatz von Fr. 19.–. Einer seiner Landsmänner, der seit anderthalb Jahren in der Schweiz lebt und bei einem Kebabi in Freiburg eine Stelle gefunden hat, sagte aus «Bei einem Monatslohn von Fr. 1500.– arbeite ich zwischen 10 und 12 Stunden pro Tag. Hier ist es nun einmal so, fast alle Kebabis beschäftigen Asylanten. (...) Sollte ich das Flüchtlingsstatut erhalten, so würde ich keinen einzigen Tag mehr hier arbeiten.»

Die meisten Arbeitgeber sind türkische und kurdische politische Flüchtlinge der ersten Stunde. Ihre Betriebe wachsen dank der jungen Asylanten, die zu einem Stundenlohn von 5 oder 10 Franken arbeiten; die meisten davon entweder schwarz oder länger als die deklarierte Arbeitszeit. Laut Mauro Moretto, Zentralsekretär der Gewerkschaft UNIA, arbeiten die Kebabverkäufer oft vertragslos, und der Gesamtarbeitsvertrag findet keine Anwendung, weil die Gewerkschaft zu diesem Sektor noch keinen Zutritt gefunden hat. Die Arbeitgeber der Döner-Kebab-Branche geben zu, Asylanten nötig zu haben. Laut Aussagen eines Kebabtraiteurs in Nyon, der selber keine Schwarzarbeiter angestellt hat, beschäftigen die meisten Unternehmer dieses Zweiges billige und nicht qualifizierte Arbeitskräfte. Die Lohnnebenkosten in der Schweiz seien derart hoch, dass man gezwungen sei, niedrige Gehälter zu zahlen. Die Asylbewerber suchen gerade eine weder qualifizierte noch deklarierte Beschäftigung.

Orientalischer Exotismus

Der Döner Kebab ist ein stets einträglicheres Geschäft. In Lausanne, Freiburg und Neuenburg gibt es mehr Kebablokale als McDonalds. Neben den von Flüchtlingsfamilien geführten Einzelbetrieben eröffnen sich auch kleine Ketten von drei oder vier Filialen. Eine genaue Statistik über diese Lokale fehlt, doch gemäss den Schätzungen der grossen Kebabfleisch-Lieferanten soll es in der Schweiz etwa deren 1000 mit rund 4000 Beschäftigte geben.

Laut Hasan Eray, einem Angestellten des türkischen Restaurants «Ephes» in Lausanne, ist der Kebab im Vormarsch dank der Schwärmerei der Jungen für die orientalische Kultur und ihrer Abneigung gegen das amerikanische Modell. Dieser orientalische Exotismus scheint die Kebabis von der Garantie, einwandfreies Fleisch zu verwenden, zu dispensieren, während McDonalds unaufhörlich auf die Qualität seiner Produkte aufmerksam macht.

Der amerikanische Fast-Food-Gigant verdient auch dank der Asylanten aus Sri Lanka und Afrika sowie der Studenten, die für eine magere Besoldung arbeiten. Doch wie Moretto einräumt, zahlt McDonalds immerhin den im Gesamtarbeitsvertrag für das Gast- und Hotelgewerbe vorgesehenen Mindestlohn von Fr. 3'120.– pro Monat, hält sich mehr oder weniger an die Verträge und lässt keine illegale Arbeit verrichten. Dieser Gastrokonzern schliesst ab und zu auch kurz befristete Arbeitsverträge ab, wobei über die Höhe des Gehalts nichts an die Öffentlichkeit dringt. Wie ein Student der Zeitung erklärte, betrug vor zwei Jahren sein Anfangslohn Fr. 14.– pro Stunde und jetzt Fr. 17.–. Asylanten sollen noch weniger verdienen, der Quellensteuer unterworfen und verpflichtet sein, dem Bundesamt für Flüchtlinge die vorher erhaltene Sozialhilfe zurück zu erstatten.

Sklavenhaltermentalität

Der Artikel in der Genfer Zeitung ist in mancher Hinsicht interessant. Bei McDonalds herrschen knallharte Managementmethoden zur Gewinnoptimierung, wobei unsere Gesetze immerhin noch einigermaßen befolgt werden. Als eine an der Börse von New York kotierte Publikumsgesellschaft kann diese Firma gar nicht anders, als gewisse allgemeingültige Regeln sowie Normen der Transpa-

renz zu beachten. Bei den Kebabis hingegen herrscht ein fast mittelalterliches Patriarchat mit Sklavenhaltermentalität. Diese Herrschaften schalten und walten, wie es ihnen beliebt, da sie in einem abgeschotteten Kreis von Landsleuten und Glaubensgenossen leben, welcher für Aussenstehende unzugänglich ist und in welchem vor allem ihre eigenen Gesetze und nicht diejenigen des Gastlandes gültig sind. Kein Wunder, dass die Gewerkschaft UNIA dort keinen Einfluss hat.

Die Bonzen der Linksparteien, die ständig vorgeben, für die Schwachen einzustehen, stossen sich wohl am Geschäftsgebaren McDo-

nalds, aber das menschenverachtende Verhalten der Kebabis ist für sie kein Thema. Im Gegenteil, sie preisen diese schmutzigen orientalischen Imbisslokale als eine unerhörte kulturelle Bereicherung, ziehen selber aber Orte vor, wo Cüpli und Kaviarhäppchen aufgetischt werden. Weder sie noch die zuständigen Behörden werfen die Frage auf, wie angeblich bettelarme kurdische und türkische Flüchtlinge in kurzer Zeit zu so viel Geld kommen, um eine Firma gründen oder übernehmen zu können. Ist es aus Furcht vor der Drogenmafia oder aus Angst vor dem Art. 261bis StGB (Antirassismus-Strafnorm)?

Max Morf, Genf

Kampf dem Rassismus

Auch im früher so toleranten Schweden tobt die Political correctness. Seit nun schon zehn Monaten streitet sich das Land über eine Schicksalsfrage: Darf man ein bestimmtes Schaumgebäck «Negerbollen» («Negerball») nennen? Eine Konditorei in Sjöbo wurde wegen «Diskriminierung» angezeigt, weil sie den traditionellen Namen nicht durch eine zeitgeistgerechtere Benennung ersetzt hatte. Einige Leute sind zwar der Meinung, dass man in einen «Hamburger» hineinbeissen darf, ohne die Hamburger damit zu beleidigen. Aber auf Schwarzafrikaner wirke ein «Negerbollen» diskriminierend – obwohl «neger» lediglich «schwarz» heisst und in zahlreichen Wortbildungen vorkommt. Um einer Strafe von bis zu 200'000 Kronen zu entgehen, startete die angezeigte Konditorei einen Umbenennungswettbewerb. Ein Teilnehmer schlug vor, das Gebäck künftig als «Diskriminierungsball» zu bezeichnen. In Deutschland ist das Problem schon gelöst: Zwar reden die Süßsüßliebhaber noch immer von «Negerküssen», aber auf den Packungen der Hersteller stehen neue Wortschöpfungen wie «Schaumküsse» oder «schokoladenüberzogene Zuckerschäumpoller».

Das merken wir uns gut

Wenn es um die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen EU-Oststaaten mit der EU geht: Mehr Einwanderung aus EU-Staaten – weniger aus Drittstaaten EJPD: Zum ersten Mal seit über zehn Jahren war 2003 die Einwanderung aus der EU in die Schweiz grösser als aus Staaten ausserhalb der EU. Insgesamt stieg der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung im vergangenen Jahr um 1,6 Prozent auf 1,471 Millionen Personen. Dies geht aus der Jahresstatistik des Bundesamtes für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES) hervor. Im vergangenen Jahr wurden zudem 37'070 Menschen in der Schweiz eingebürgert. Gemäss der Zählung des Zentralen Ausländerregisters (ZAR) hat sich die ständige ausländische Wohnbevölkerung im Jahr 2003 um 23'721

Personen oder 1,6 Prozent erhöht (Vorjahr +2,0%). Von den 1'471'033 Ausländerinnen und Ausländern sind fast ein Viertel in der Schweiz geboren (rund 346'000 Personen).

Die Zahl der Einbürgerungen war im vergangenen Jahr leicht rückläufig (-4,5%). Insgesamt wurden 37'070 Personen eingebürgert (Vorjahr 38'833). Ein Drittel der Eingebürgerten sind in der Schweiz geboren. Im ordentlichen Verfahren wurden 27'015 Personen eingebürgert (Vorjahr 27'216), darunter 14'328 Jugendliche unter 24 Jahren (53% aller ordentlichen Einbürgerungen). Von den betroffenen Jugendlichen wurden rund 8500 in die Einbürgerung ihrer Eltern einbezogen, währenddessen etwas weniger als 6000 Jugendliche selbständig, d.h. ohne ihre Eltern, eingebürgert wurden.

Die Duplik auf einen «bösen» Leserbrief

einer Replik auf unsere grundsätzliche Stellungnahme in Nr. 5, Seite 2

H.E. in Z. bezichtigt uns der Kurzsichtigkeit, weil wir es wagen, die amerikanische Politik kritisch zu hinterfragen und weil wir die SVP-Politik nicht einfach als Alternative zu unserer eigenen politischen Position betrachten.

Wir sind der Meinung, Herr H.E. bewiese mit seiner Haltung ein allzu kurzzeitiges, geschichtliches Gedächtnis und lasse sich von der Propaganda der Amerikaner und der SVP vereinnahmen.

Wir möchten hier unsere bereits publizierten Feststellungen über die Vorgeschichten verschiedener desaströser Fehlleistungen amerikanischer Machtpolitik nicht erneut anführen. Es genügt, sich ernsthafte Gedanken zu machen über die Folgen der aktuellen Kriegspolitik der USA-Imperialisten (des militärisch-industriellen Komplexes) und ihrer Haltung gegenüber den ökologischen Implikationen.

Zum Thema «Innenpolitik» erinnern wir an den Aufsatz «Nachdem sich der Pulverdampf verzogen

hat...» unseres Mitarbeiters Hans Spitz, den wir in der Januar-Nummer 2004 publizierten. Seine dortigen Schlussfolgerungen sind die vorweg genommene Antwort auf sehr kritische Anmerkungen des Leserbriefschreibers.

Zitat: «*Wichtige Themen der politischen Agenda werden weder von der SVP noch sonst irgendeiner Partei oder Organisation explizit und nachdrücklich im politischen Raum vertreten. Zu denken ist an:*

– **Die Bevölkerungspolitik** im Sinne der Beschränkung der Bevölkerungszahl auf ein für unser Land tragbares Mass, das heisst eine gezielte, restriktive Migrationspolitik.

– **Die Förderung der Gebärfreudigkeit unserer jungen Frauen** durch Aufwertung der Mutterschaft; Stützung und Ehrung kinderreicher Familien; Betonung der Rolle der Frauen für das Überleben unseres (und jeden) Volkes.

– **Den Kampf gegen die wirtschaftliche Dominanz gegen-**

über allen andern Bereichen des Lebens, wie Schutz der Lebensgrundlagen; Pflege von Tradition und Kultur; Erhaltung der natürlich gewachsenen Gemeinschaften in Familie, Dorf, Stadt.

– **Die Hochhaltung der Selbstverantwortung des Menschen für sein Tun und Lassen.**

– **Die Verteidigung der integralen Neutralität, einem der Pfeiler der Existenz eines jeden Kleinstaates.**

– **Das unerschrockene Eintreten für die Wahrheit der Berichterstattungen und die Korrektheit der Kommentare von politisch relevanten Vorkommissionen durch die Massenmedien.»**

Ende Zitat.

Zum Schluss bitten wir Herrn E. in Z., aber auch alle andern Leser unserer Zeitung, sich vor einer selektiven Wahrnehmung dessen was ist und was geschrieben wird, zu hüten.

Vorgefasste Meinungen können leicht zur Selbsttäuschung führen.

Die Redaktion

Gegensatz zu konservativ ist progressiv, nicht liberal!

Der Zürcher «Tages-Anzeiger» unternahm kürzlich den an sich verdienstvollen Versuch, die politische Stellung der Schweizer Volksvertreter nicht nur auf einer Rechts-Links-Achse, sondern auch auf einer zweiten Achse darzustellen, was ein zweidimensionales Bild ergibt. «Rechte» und «Linke» als einziges Merkmal ist nämlich angesichts der zeitgenössischen Probleme zu einer recht fragwürdigen Charakterisierung von Politikern geworden, auch wenn es sich aus Tradition immer noch grosser Beliebtheit erfreut. Die Einstellung von Politikern kann keineswegs gewissermassen auf einer Linie dargestellt werden. Im Grunde bedürfte es zur sachgerechten Darstellung eines mehrdimensionalen Systems. Nun wählte der TA aber als zweite Achse einen angeblichen Gegensatz von «Liberal» und «Konservativ». Auch bei anderen Gelegenheiten bringt der TA die absurde Gegenüberstellung liberal und konservativ. Das ist eine Schlaumeierei;

denn der Gegensatz zu konservativ ist keineswegs liberal, sondern progressiv oder fortschrittlich! Man erinnere sich weiland an die Progressiven Organisationen oder den Anspruch von Sozialisten und Kommunisten, «fortschrittlich» zu sein! Er wurde vom TA nur gewählt, um das Konservative als etwas Böses hinstellen zu können. Konservative können aber durchaus auch liberal oder eben autoritär sein! Zudem ist manches, das als fortschrittlich gilt, im Grunde erzkonservativ! Umweltschutz zum Beispiel ist urkonservativ. Er besteht ja nicht zur Hauptsache darin, Dinge, die durch zivilisatorische Eingriffe zerstört worden sind, nachträglich mit grossem (auch finanziellem!) Aufwand wieder herzurichten, sondern auf zivilisatorische Eingriffe, die mit einer Zerstörung lebenswichtiger natürlicher Grundlagen verbunden sind, überhaupt zu verzichten, also zu bewahren und zu schützen, zu «konservieren», konservativ zu sein!
Jean-Jacques Hegg

Faule Tricks bei Einbürgerungen!

Am 16. Juni 04 hat der Grosse Rat des Kantons Thurgau 184 Einbürgerungsgesuche gutgeheissen. In der Zusammenstellung wurden 78 Bewerber, 34 Partner, 32 Töchter, 38 Söhne, total 182 Ausländer aufgeführt. Bei der Religion, Staatsangehörigkeit ua. Daten aber wurden immer nur die «Bewerber» aufgeführt. Da hiess es zum Beispiel bei den Religionen 17 röm.-kath., 1 evang., 43 Moslem, 1 Buddhist, 1 Hindu, 14 orthodox, 2 konf. los – zusammen gibt es 79 (Bewerber). Ist diese Vorgehensweise aber nicht eine oberfaule Sache? Denn tatsächlich werden 182 Ausländer eingebürgert. Nach SD-Recherchen kommen zu den 43 moslemischen Bewerbern noch etwa 80 moslemische Frauen, Töchter und Söhne hinzu, alles in allem gibt es also eine Einbürgerung von etwa 123 Muslimen. Die Frage vieler Bürger: Sind wir nicht ein christliches Land? Und wie tolerant sind moslemische Länder gegenüber den Christen zB. in Afrika? Werden nicht jährlich Zehntausende von Muslimen umgebracht, von ande-

Lesergedicht

als Antwort auf den Artikel
«China geht das Wasser aus»

Morgen für Morgen kommt
man zur Welt! (Eugene Ionesco)

Tag für Tag – konsumiert der
Mensch – froh und heiter –
Stück um Stück –
geht die Zerstörung weiter –

Monat um Monat – haben
mehr Menschen – Alpträume –
Woche um Woche – verschwin-
den mehr Lebensräume –

Stunde um Stunde – leidet
mehr – als eine Kreatur –
Minute um Minute –
stirbt etwas in der Natur –

Moment um Moment –
wissen weniger Menschen –
was essen – wo wohnen –
Augenblick um Augenblick –
zerbrechen – Illusionen –

Sonntag um Sonntag –
rennen «Gläubige» in die
Kirche um zu beten –
Während sie – Wochentag um
Wochentag – Gottes Werke
mit Füssen treten –

Abend um Abend –
deckt die Dunkelheit alles zu –
Nacht um Nacht –
finden Opfer keine Ruh –

Teil um Teil – stirbt die
Menschenliebe in mir –
Und stellt sich auf die Seite –
von Natur und Tier –

Tropfen um Tropfen –
verblutet mein Herz –
Teil um Teil –
frisst mich der Schmerz –

Schritt um Schritt –
plant Gott das Ende –
Denn er sieht im Handeln der
Menschen – keine Wende –

Morgen für Morgen –
kommt man (noch) zur Welt...

Sereth

ren Ländern (Arabien, Asien etc.)
gar nicht zu reden? Warum also
derart faule Tricks bei den Einbür-
gerungen? Was wird da erneut mit
unserem (christlichen) Lande ge-
spielt?

*SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*



Kanton Basel-Land



SD: Nun ist ein kantonales Hanfgesetz wichtiger denn je!

Die Schweizer Demokraten begrüßen den Entscheid des Nationalrates, nicht auf ein neues Drogenlegalisierungsgesetz einzutreten. Leider ist in den letzten Jahren vermehrt festzustellen, dass immer mehr Hanf und Hanfprodukte mit stark erhöhtem THC-

Gehalt in Umlauf gesetzt werden. Dies führt vor allem bei Leuten, welche diese Produkte als Rauschmittel konsumieren, zu immer grösseren und sich zunehmend suchartiger auswirkenden Abhängigkeiten. Einer gesunden körperlichen Entwicklung ist dies bestimmt nicht dienlich. Insbesondere für viele Konsumentinnen und Konsumenten der jüngeren Generation (aber nicht nur!) bringt der Konsum grosse gesundheitliche Probleme. Viele Lehrkräfte beklagen sich darüber, dass die Konzentrationsfähigkeit bei denjenigen Jungen vermindert ist, welche Cannabis – aber auch andere Drogen, Alkohol und Nikotin – zu sich nehmen. Zudem ist Hanf für den einen oder die andere auch eine Einstiegsdroge hin zu noch härteren Suchtmitteln. **Es ist aus der Sicht des Jugendschutzes daher begrüssenswert, dass der Kanton alle möglichen kantonalen Kompetenzen im Kampf gegen Drogen und Drogensucht voll ausnützt.** Immer mehr Experten haben die gesundheitsschädigende Problematik des Hanfkonsums erkannt. Und auch international zeichnet sich in den Ländern, welche bisher diesbezüglich eine liberale Haltung an den Tag legten, eine Änderung hin zu einer verschärften Handhabung des Problems ab. Die vorgeschlagene Baselbieter Gesetzesvorlage entspricht deshalb der Entwicklung auf diesem Gebiet.

Anzeigen

Schreinerei - Zimmerei Wyss

Reparaturen – Renovationen
Fenster – Türen – Umbauten

Wyss Adrian Natel 079 461 42 23
3400 Burgdorf Fax 034 422 76 24
wyss-sd-bdorf@bluewin.ch

Wollen Sie Ihre Buchhaltung bei einem SD-Mitglied erstellen lassen?

Wir erstellen Buchhaltungen und Steuererklärungen in allen Kantonen. Vom Honorar gehen 10 Prozent in die SD-Kasse. Unverbindliche Anfragen an:

Kurt Koller (SD-Zentralkassier)

Treuhandbüro:
Koller Buchhaltungen und Revisionen AG, 9620 Lichtensteig
Tel. 071 988 50 88

Veranstaltungskalender

 Schweiz	Schweiz	1. August-Feier in Basel (siehe Seite 5)
Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zuzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Ob- und Nid Aargau / Mittelland / Emmental Sektion Schwarzenburg / Seftigen / Laupen Sektion Thun / Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat (Juli kein Stamm) ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Der Höck findet in den Monaten Juli/August 2004 nicht statt. Ab September jeweils Höck am 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Köniz. Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil Stamm am 25. August (Juli kein Stamm), 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen, (Bus Nr. 1, Haltestelle St. Fiden)
 OW  NW	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
 ZH	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Am 1. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

Fortsetzung Kanton Basel-Land

Vorrangig ist, dass man sich all denjenigen, welche mit Drogen und Rauschmitteln «Geld machen», mit allen denkbaren polizeilichen und rechtlichen Mitteln entgegenstemmt. Begleitend dazu sind auch präventive Massnahmen auf Konsumentenebene vorzusehen. Dieser sinnvolle Weg soll mit dem Gesetz nun beschränkt werden. Das kantonale Gesetz garantiert im übrigen, dass seriöse Anbieter von Hanf und Hanfpro-

dukten weiterhin die Möglichkeit haben, ihre Produkte unter die Leute zu bringen.

Aus all diesen Überlegungen heraus **unterstützen die Schweizer Demokraten den vorgelegten kantonalen Gesetzesentwurf ohne Einschränkungen.**

Wir halten bei dieser Gelegenheit aber noch fest, dass auch die Problematik der Alkohol- und Nikotinsucht konsequenter angegangen werden muss.

*Schweizer Demokraten
Baselland (SD)*

Aus dem Baselbieter Landratsprotokoll – Einbürgerungen:

Rudolf Keller (SD Frenkendorf) meldet sich, nachdem er sich während des vergangenen halben Jahres mit den Einbürgerungsgesuchen etwas genauer befasst hat, mit grundsätzlichen Feststellungen zu Wort: Die Schweizer Demokraten opponieren gegen die Art und Weise, wie massenweise Ausländer eingebürgert werden. Sicher gibt es darunter gut assimilierte, mit den schweizerischen Gepflogenheiten, Sitten und Gebräuchen bestens vertraute Menschen. Sie sollen eingebürgert werden. **Es fallen aber immer wieder Anträge von Leuten auf, die von der Sozialhilfe leben. Diesen Leuten das Staatsbürgerrecht zu erteilen, kann nicht Sinn der Einbürgerung sein.** In Zürich werden Sozialhilfeempfänger grundsätzlich nicht zur Einbürgerung zugelassen. Gewisse Gemeinden nehmen Einbürgerungen nur vor, um Geld zu machen. Ein Bürgergemeindepräsident gibt in der BaZ vom 5. Januar zu Protokoll: «Ich gebe zu, dass wir es in den letzten Jahren des Geldes wegen gemacht haben.»

Nicht verwunderlich, dass viele Leute mit den Einbürgerungen, die nicht gesetzeskonform ablaufen, unzufrieden sind. **Wir fordern, dass für Einbürgerungskandidaten keine Betreibungen der öffentlichen Hand vorliegen dürfen.**

Aufgrund der so genannt achtenswerten Gründe, mit denen, gesetzlich abgesegnet, Ausnahmen begründet werden, kann man irgendwo eingebürgert werden, ohne in der betreffenden Gemeinde zu wohnen. Diesen Leuten geht es einzig um den roten Pass, sie haben in den meisten Fällen keine Beziehung zum Ort, Integration ist ihnen unwichtig. Die Schweizer Demokraten sehen darin einen Missbrauch des Einbürgerungsrechts.

Feststellen müssen die Schweizer Demokraten zudem, dass nur die wenigsten Eingebürgerten – von löblichen Ausnahmen abgesehen – später am kulturellen, sportlichen oder gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Da dem Landrat immer wieder grosse Einbürgerungspakete vorgelegt werden, bleibt den Schweizer Demokraten nichts anderes übrig, als pauschal Nein zu sagen.

Das Einbürgerungswesen hat auch eine staatspolitische Dimension. **Bisher gilt die Regel, dass für jeden Eingebürgerten eine nächste Person in die Schweiz einwandern darf. Auf diese Weise wird die Gesamtbevölkerungszahl immer mehr aufgebläht;** dies ist eine gefährliche staatspolitische Entwicklung, weil der Überfremdung und Überfremdung unseres kleinen Landes damit Vorschub geleistet wird. Wegen dieses Mechanismus leben immer mehr Menschen auf demselben Raum, was zu negativen ökologischen Auswirkungen führt. Würde bloss der einbürgerungswillige Teil der Ausländer eingebürgert und der soziale und gesellschaftliche Probleme schaffende Neueinwanderungsmechanismus endlich abgestellt, könnten die Schweizer Demokraten Ja sagen zu den Einbürgerungen. Den Regierungsparteien, ausdrücklich auch der SVP, ist der Vorwurf zu machen, dass sie die staatspolitische Dimension der Einbürgerungen ausblenden, eine verantwortungslose Haltung. Um die angeführten Meinungen und im Volk verbreiteten Bedenken zu vertreten, ist Rudolf Keller in den Landrat gewählt worden. Obwohl ihn deswegen viele ins Pfefferland wünschen, wird er nicht davon ablassen, diesen Wählerauftrag konsequent wahrzunehmen.

Bruno Steiger (SD Allschwil) ist speziell der Auffassung, dass das

Nichteinhalten der vorgeschriebenen Wohnsitzpflicht nicht länger als achtenswerter Grund für eine Einbürgerung missbraucht werden darf. Vorab gratuliert Bruno Steiger der Basellandschaftlichen Zeitung für ihren Mut, die Negativbeispiele endlich offen auszubreiten und die Diktatur des Niederdorfer Bürgerratspräsidenten Pfirter anzuprangern. Leider mauserte sich in der Zwischenzeit die Gemeinde Reinach/BL aus finanziellen Grün-

den zum neuen Einbürgerungsparadies. Zu Gesuch Nummer 21: **Diese türkische Staatsangehörige weist ein steuerbares Einkommen von 7000 Franken aus, damit wird sie ihren Lebensunterhalt nicht selber bestreiten können.** Dem Landrat wird deshalb beantragt, Gesuch 21 in Vorlage 2003/245 und die Gesuche 33 in Vorlage 2003/267 sowie 17 in Vorlage 2003/290 – alle Gesuche mit Einbürgerungsort Reinach/BL – abzulehnen.



Kanton St. Gallen



SD-Flugblatt-Aktion 27./28. August

Bei uns in St. Gallen steht noch die letzte Wahl an: Am 25. September wird der Gemeinderat (Stadtparlament) gewählt. Auch hier werden wir alles versuchen, um einen Sitz zu erringen, resp. den Sitz zurückzugewinnen, den unser Präsident Roland Uhler während 8 Jahren innehatte und dann verlor.

Zu diesen Wahlen werden wir wiederum ein Flugblatt gestalten und dieses am 27./28. August an die

Haushalte der Stadt verteilen, wie wir dies für die Kantonsratswahlen schon organisiert hatten. Unser Standort wird das Pfadiheim sein, Übernachtung möglich im Schlafsaal. Zu diesem Vorhaben hoffen wir noch auf einige Helfer/innen – die gut zu Fuss sind!

Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung bei Roland Uhler, Lenaustr. 19, 9000 St. Gallen. Tel. 071 278 06 72, Natel 079 639 06 07.

Ausflug der SD Wil auf den Hohen Kasten

Bei schönstem Wetter und mit herrlicher Fernsicht veranstalteten die Schweizer Demokraten der Sektion Wil und Umgebung ihren traditionellen Jahresausflug – diesmal auf den Hohen Kasten.

Mit dem Reisekar ging es durch das Toggenburg über den Tellpass (1068 m) nach Urnäsch – Gonten – Appenzell bis nach Brülisau. Von da mit der Luftseilbahn auf den Hohen Kasten (1795 m), wo im Panorama-Restaurant das Mittagessen eingenommen und damit die Appenzeller Spezialitäten dieses Berggasthauses genossen wurde.

Auch das herrliche Panorama mit dem Alpstein und der Bergwelt des Voralbergs, des Fürstentums Lichtenstein und des Bündnerlan-

des sowie dem Blick über das Rheintal bis hin zum Bodensee war für alle Mitreisenden ein Erlebnis. Zurück mit der Luftseilbahn und mit einem kurzen Aufenthalt in Appenzell gings mit der fröhlichen Schar in den Thurgau nach Eberswil auf die Rehalp zum Abendessen. Auch hier wurden die Gäste herzlich willkommen geheissen und zwar romantisch im angrenzenden Wald und mit Spezialitäten aus der einheimischen Produktion der Gastgeberfamilie Eugen und Brigitt Schmid.

Später als geplant, wenn wunderts, brachte der Chauffeur die zufriedenen SDler mit seinem Reisekar wieder nach Wil zurück. (hw)

Herzlichen

Glückwunsch



Barbara und Stefan Mätzener

Die Schweizer Demokraten, Sektion Berner Oberland gratulieren Barbara und Stefan zu Ihrem Hochzeitstag und wünschen Ihnen einen Chratten voll Kinder. Besucht das glückliche Ehepaar im Seekiosk, 3806 Bönigen / Interlaken



Kanton Thurgau



Schweiz bald NATO-Hilfssheriff?

Viele sind verwundet, ja total überrascht, die Bundesräte Deiss und Schmid an einer NATO-Konferenz zu sehen. Sind wir nicht mehr neutral? Wurde unsere Verfassung ausser Kraft gesetzt? Gewiss, unser Land hat sich stets für Friede, Hilfe und Entwicklung eingesetzt. Das ist nichts Neues. Aber viele fragen nun: Woher nimmt der Bundesrat seinen Auftrag für eine Mitwirkung im Militärbündnis NATO? Nach bundesrätlichen Vorstellungen soll unser Land im Rahmen der EU-Truppen für Bosnien ebenso grosse Armee-Kontingente (über 220 Mann) nach Bosnien entsenden, wie NATO-Mitglied Grossbritannien, Belgien oder Ungarn. Ist unsere Neutralität aufgehoben? Warum leisten wir nicht weiterhin und weltweit humanitäre Hilfe? Unsere Armee dient der Verteidigung unseres Landes. Laut Verfassung hat sie gar nichts in anderen Ländern verloren. Erste Priorität für sie ist die Verteidigung unserer Grenzen; ausserhalb dieser Grenzen hat sie doch gar nichts zu suchen und schon gar nicht in der NATO!

Hat das Bundespräsident Deiss vergessen? Wurde ihm ein anderer Auftrag erteilt und von wem? Wur-

de das Volk gefragt, ob bei der EU-Truppe für Bosnien auch Schweizer Soldaten aktiv werden sollen? Wurde gefragt, ob unsere Neutralität einfach ins «Kamin geschrieben» werden kann – je nach Lust und Laune? Klagen nicht gleichzeitig hohe Offiziere, die Schweiz sei nicht mehr verteidigungsfähig und überall fehlt es an Mitteln? Ist das nun eine Verschwörung gegen Volk und Land? Haben Deiss und Schmid nicht auf unsere Verfassung den Eid abgelegt? Ist die Verfassung nicht der Wille des Volkes? Als neutrales Land haben wir viele, sehr viele Möglichkeiten weltweit zu helfen, ohne unsere Neutralität zu verletzen. Schweizer Demokraten verlangen darum ab sofort die Einhaltung der Verfassung, des Volkswillens und unserer Neutralität!

Wir brauchen keinen Bundesrat, sehr geehrte Herrschaften in Bern, der sich mit NATO- oder EU-Herrschaften an weltweiten Meetings im Blitzlicht-Gewitter der Weltmedien sonnt. Gott sei Dank!

Wir bitten Sie aber dringend und im Namen vieler Bürger um blitzartige Korrekturen!

SD Thurgau,

Kantonale Parteileitung

Linke Prediger...

Da laden Jungsozialisten (Juso) und eine gewisse Gruppe, Computeradresse «globalisierungskritiker», an ein Podium ins Rathaus zu Frauenfeld. Thema sei die «rechtsextreme Gewalt». Im Podium sitzt die allseits bekannte linksextreme Schreiberin, Eva Büchi, ein Konzertveranstalter, ein Journalist respektive Jugendarbeiter und eine jungsozialistische Gesprächsleitung. Alles sind politisch linksstehende, oft sogar linksextreme Bürger. Als Gegenpol war einzig SVP-Stadtrat Werner Dickenmann geladen.

Diskussionsthema «Rechtsextreme Gewalt» – wir aber fragen einmal mehr, wo bleibt die demokratische Problemlösung? Demokratie hiesse doch, gleich lange Spiesse für alle! Wo waren die eingeladenen «Rechtsextremen»? Ein SVP-Stadtrat, zudem ein Mann der Exekutive, kann doch niemals am Diskussionstisch den Teil jener

einnehmen, über die gesprochen werden soll – dazu noch im Verhältnis vier zu eins! So unfair kann doch niemand sein! Ging es an dieser Veranstaltung also gar nicht um Konsens oder Demokratie sondern vielmehr um Publizität? War darum die Verwunderung der Organisatoren so gross, als trotzdem die «andere Seite» auftauchte?

Was aber geschieht Tag für Tag in den vielen «Eisenwerken» in der ganzen Schweiz? Sind diese «Kultureinrichtungen» der Linken nicht gleichzeitig politische Zentren, Knotenpunkte der marxistischen Ideologie, Kultur und Politik? Ist es nicht verständlich, dass viele Schweizer diese Einrichtungen der Linken skeptisch bis missbilligend betrachten und bewerten? Werden in diesen Zentren nicht Jugendliche für ihr ganzes Leben auf einen bestimmten, politischen, kulturellen und menschlichen Weg gebracht, den viele Mit-

bürger als gegen unser Land, unsere unabhängige und neutrale Politik gerichtet sehen? Wen wundert also, dass Skins «handgreiflich», kriminell und primitiv dreinschla-

gen – der Hebel müsste doch an einem ganz anderen Orte «angebracht» werden und mit anderen Mitteln!

SD Thurgau,

Kantonale Parteileitung

Bilaterale II: Ein Kolonialvertrag

Nun haben die zwei Herren und die Genossin unserer höchsten Landesregierung die bilateralen Verträge II in Brüssel feierlich abgeschlossen.

Bei der Unterzeichnung haben sie sicher an unser einzigartiges Staatswesen und unser Volk gedacht, wie es sich für Schweizer, welche die Heimat lieben, gebührt. Ich muss gestehen, es braucht schon etwas Mut, solche Verträge abzuschliessen. Oder besser gesagt, mit einer Milliarde Franken Steuergeld zu erkaufen.

Dabei habe ich immer gedacht, Steuern zahlen diene der Allgemeinheit des Schweizervolkes und nicht dem Grossreich EU für seine Erweiterung.

Leiden wir und unsere Regierung an Gedächtnisschwäche?

Früher drängten uns die gleichen Parteien, dem Völkerbund beizutreten. Glücklicherweise gab es damals noch beherzte Politiker, so das wir in letzter Sekunde wieder abspringen konnten. Es ist noch nicht lange her, hat das Schweizervolk mit grosser Mehrheit dem EU-Beitritts-Gedanken eine Absage erteilt. Heute, wo der «Grosse Bruder» wieder an der Türe rüttelt, soll dieser Entscheid nicht mehr gelten?

Sind wir wirklich nicht mehr in der Lage klar zu denken?

Wie soll es uns besser gehen, wenn wir uns einem unübersichtlichen Gebilde anschliessen, das selber an allen erdenklichen Krankheiten leidet und ganz offensichtlich in einer Diktatur endet.

Haben wir tatsächlich vergessen, dass es letzten Endes um mehr als nur materielle Vor- und Nachteile geht?

Was beinhaltet das Schengen-Abkommen?

Es beinhaltet das Zinsbesteuerungsabkommen. Das heisst, wenn

ein EU-Bürger Geld auf einer Schweizerbank hat, muss ein Teil des Zinses an die Grossmacht in Brüssel abgeliefert werden.

Das wiederum heisst, unser Bankgeheimnis wird durchlöchert und die Schweizerbanken werden gegenüber den EU-Banken unattraktiver. Glücklicherweise werden unsere Banken diese Forderung zu umgehen wissen.

Ein grosser Einschnitt in unseren Rechtsstaat wäre das Aufheben der Grenzkontrollen. Damit würde jedem Tür und Tor geöffnet, um in unser Land, aus welchen Gründen auch immer, zu kommen.

Aber das schlimmste ist, dass die Schweiz alle zukünftigen Gesetzesänderungen der EU im Rahmen des Schengen-Vertrages nachvollziehen muss, ohne auch nur den geringsten Einfluss darauf zu haben.

Damit wird die direkte Demokratie in ihren zentralen Bestandteilen beschnitten. Richter und Polizeikräfte aus allen EU-Ländern können in der Schweiz, ohne vorherige Anmeldung, auch gegen uns tätig werden.

Wissen Sie, dass noch viele einzelne Bestimmungen übernommen werden müssen, wie zum Beispiel die Änderung im Waffengesetz, das heisst, Entwaffnung der Schweizer Bürger und vieles mehr, das schwer wiegende Auswirkungen auf unser Staatswesen hat.

Die Schweiz ist nicht nur etwas Einzigartiges, sondern auch etwas Einmaliges.

Tragen wir Sorge dazu, sei es für die Zukunft unserer Jugend, oder für uns selber. Es lohnt sich. Es wird die Zeit kommen, da wir uns glücklich schätzen können, im weissen Fleck von Europa zu leben.

René Liechti, e. Grossrat, Isenfluh

SD 

Schweizer Demokraten

KIOSK am Brienersee, 3806 Bönigen

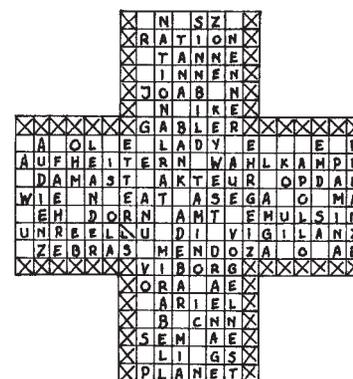
Inhaber: B. und S. Mätzener

Offen: 7.00 Uhr bis 18.30 Uhr
Telefon 033 823 34 74



SD

SD



Lösungswort: INITIATIVE

Respekt, Vorsicht Leckereien in Kakao		griech. Buchst. Märchen- riese		P. Hofer besingt ihn		Engl. Bier Vokal		friedl. Aus- tausch		z.B. TV u. Radio Befugnis		Mittlaut		Franz. Sommer		Stadt in Holland		Einge- bundenen persönl. Fürwort		Ver- mählte		3			
röm. Adels- familie		griech. Göttin d. M. röt.		Initiaten v. Ganz CH Kan- ton, Abt.		engl. Lotto CH Thea- tore		kurse Nummer Beschäfti- gung		Auftrag, Vollmacht Franz. und		CH Kanton, Abt.		23 von: Rot Mittlaut		Fahr- zeug Dotter		afrik. Kuh Frauen- name		mehrs- Musikst. Nelken- wurzel		Weg- nahme			
Vokal		babyl. Gott		Militär- schule Abt. Umkaut		junges Gebäude		Stadt i. d. USA Mittlaut		Tage- blätter Teil der Wohnung		Rund- mäuler german- Gott		4		Kleinig- keit kurz: Erd- geschoss		hat vier gleichz. Geschw.		persönl. Fürwort Doppel- vokal		kurz: Mehrzahl 1/2 von: Tage		Vokal	
gallert- artige Masse		Kastbar- keit Mittlaut		erster beim ABC		Zug in Frankr. Abt.		Gelehr- ten- sprache		franz. Sein auf weisser Hase		Hand- drescher Ort im Bern, Ob.		5		Knabe, Junge fluss in Spanien		König im A.-T.		6					
Arab. Artikel		CH Kan- ton, Abt.		Oper v. Wagner Rat im M.A.		Mittlaut		ungar- Mette hawaiian Blument.		Kfz. Z. Holland Eiland		7		8											

Zu gewinnen im Monat Juli:

- 1. Preis: 1 Überraschungspreis «Katze»
- 2. Preis: 1 Leder-Portemonnaie
- 3. Preis: 1 Victorinox-Taschenmesser

Gewinner des letzten Rätsels:

- Herbert Bachmann, Spiez;
- Helmut Dieterle, Volketswil;
- Margrit Koller, Genève;
- Nelly Jud, Thalwil;
- Gabriel Juchler, Zürich;
- Christian Züllig, Bülach

Lösungswort und Absender auf Postkarte schreiben und einsenden an:

Schweizer Demokraten SD, Kreuzworträtsel, Postfach 140, 3655 Sigriswil

Einsendeschluss ist der Samstag, 31. Juli 2004 (A-Post) – Viel Glück!
Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösung: 1 2 3 4 5 6 7 8

Liebe SD- und Rätselfreunde

Es ist Halbzeit in diesem Jahr, und manch einer zieht schon mal Zwischenbilanz. Täglich sind wir herausgefordert die Zukunft neu zu gestalten und politisch mitzudenken. Unser Rätsel läuft auch weiter, und das alles ist eine wunderschöne Arbeit. Gilt es doch spielerisch sich einem Ziel zu nähern, und schlussendlich als Gewinner erkennen zu werden. Wie im politischen Leben. Der politische Alltag jedoch

erinnert manchmal ja eher an Machtkämpfe und Chaos als an ein Spiel. Deshalb ist es wichtig, unsere Richtung und Weltanschauung keinesfalls aus den Augen zu lassen, und entschieden unsere schweizerische Freiheit (sprich Neutralität) und die persönliche Demokratie zu vertreten und zu fördern. So freue ich mich auch auf viele richtige Rätselsendungen. Der Sponsor dieses Mal ist

übrigens auch ein «richtiger» Parteifreund. Stefan und Barbara Mätzener-Winterberger betreiben in Bönigen am Brienersee den Seekiosk. Aufgestellt, jung, dynamisch, mitten im Leben eben... Wer weiss, vielleicht ergibt sich daraus die eine oder andere Beziehung. Freuen würde ich mich jedenfalls darüber.

Platz für neues

Gerne erkläre und berate ich Sie auch persönlich über dieses Rätsel-

konzept, wenn Sie auch einmal als Sponsor auftreten möchten. Neue Ideen sind willkommen. Ein Anruf unter 033 251 05 34 genügt, oder eine schriftliche Meldung unter Schweizer Demokraten, Postfach 140, 3655 Sigriswil.

Dies von meiner Seite, ich wünsche allen einen schönen Sommer und gemütliche Stunden beim rätseln, baden, «sünnele» und politisieren.

Barbara Zbinden, Sigriswil

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Aufruf

Man stellt je länger desto mehr fest, dass der Ausländeranteil in unserer Bevölkerung von Jahr zu Jahr zunimmt!

Wenn man diese Personen nicht ausweisen kann, werden sie halt eingebürgert.

Nun sind es noch 2½ Monate und dann läuft die Frist für unsere Initiative aus. Ich möchte deshalb jedem Mitglied und Freund der

Schweizer Demokraten empfehlen, noch einige Unterschriften zu sammeln.

Beispiel: 3000 Leute sammeln 15 Unterschriften. (3 Bögen), so sind dies 45 000 Unterschriften. Das Ziel dürfte wohl erreicht sein. Bögen erhalten Sie beim Sekretariat oder der Sektion.

Vielen Dank

Otto Vogt, Wetzikon

EU-Forderungen: Aufgepasst!

Als Abgeltung für Vorteile, die der Schweiz durch erleichterte Exporte in die neuen EU-Länder erwachsen, verlangen die Brüsseler Bürokraten von uns 900 Millionen Franken. Dies, obwohl die neuen EU-Länder ihre Exporte nach der Schweiz ebenfalls günstiger abwickeln können. Diesen einfachen Sachverhalt dürften die Brüsseler Bürokraten nicht einfach übersehen haben.

Ihre Forderung ist im Prinzip nichts anderes als eine logische Reaktion auf die schwächliche schweizerische Aussenpolitik der letzten Jahre. In der Fluglärmkontroverse mit Deutschland hat sich ein desinteressierter Bundesrat Leuenberger regelrecht vorführen lassen. Warum hat Leuenberger seinen Verhandlungspartnern nicht im Gegenzug eine wesentliche Reduktion der ebenfalls Lärm erzeugenden Fahrten deutscher LKW durch den Gotthard in Aussicht gestellt? Die Angelegenheit wäre dann nämlich erledigt gewesen. Oder: Warum hat die Schweiz als Reaktion auf die deutschen Grenzschikanen nicht ihrerseits die Grenzkontrollen intensiviert? Spätestens wenn die Warteschlange auf deutscher Seite Karlsruhe erreicht hätte, wäre auf deutscher Seite die Vernunft eingekehrt.

Aber: Fehlendes Selbstbewusstsein der Mehrzahl unserer Magistraten provoziert logischerweise immer neue Begehrlichkeiten seitens der EU. Deshalb stehen zur Zeit zusätzlich auch die schikanösen Zölle auf Reexporten in die EU zur Debatte. Unsere Landesregierung wäre gut beraten, nach dem Motto «auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil» ungerechtfertigte Forderungen aus Brüssel künftig die Stirn zu bieten. Beispielsweise könnte sie Brüssel darauf aufmerksam machen, dass unser Land die NEAT nicht unbedingt benötigt, aber alleine finanziert, Kostenpunkt rund 15 Milliarden Franken. Im Übrigen werde die NEAT und die Alpenübergänge von uns als Pfand für gutnachbarliches Wohlverhalten seitens der EU betrachtet, basta.

Den EU-Befürwortern kommen die obigen Probleme natürlich gerade recht, um damit Propaganda für den EU-Beitritt zu machen. Ein EU-Beitritt würde zwar einigen von ihnen ein lukratives Pöstchen in Brüssel beschern. Aber weiteren Erpressungen oder – nach einem EU-Beitritt – für uns negative Verfügungen wären dann erst recht Tür und Tor geöffnet.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Umweltschutz kontra Wachstum

Unbestritten ist die Tatsache, dass vor allem die Kohlendioxid-Emissionen das Klima und somit auch die Umwelt global erheblich beeinträchtigen.

Die Auswirkung manifestiert sich in der globalen Erwärmung und den extremen Wetterlagen.

Grösster CO₂-Erzeuger ist die USA, wo indes eine Reduktion dieses Treibhausgases kaum ein Thema ist (G.W. Bush wurde und wird vor allem von der Erdöllobby gesponsert und der aktuelle Preisanstieg bei den Treibstoffen ist von den Hamsterkäufen der USA verursacht).

Dem gegenüber sind wir Schweizer nur kleine Sünder. Aber auch die Schweiz wird die vom Kyotozertifikat geforderte CO₂-Reduktion von 10% bis zum Jahre 2010 ohne Zwangsmassnahmen sicher nicht erfüllen. Weder durch eine Einschränkung auf freiwilliger Basis, noch mit dem Klimarappen und der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe kann das Soll erreicht werden. Der effizienteste Schritt in die richtige Richtung wäre indes, die masslose Einwanderung der letzten Jahrzehnte zu stoppen. Aus einer jährlichen Immigration von 60'000 Personen resultieren 30'000 zusätzliche Fahrzeuge! Kommt dazu, dass die Immigranten aus den östlichen Ländern hubraumstärkere Vehikel

bevorzugen und damit mehr Abgase erzeugen. Tatsache ist, dass wir seit dem Zweiten Weltkrieg rund 3 Mio. Ausländer einschleusten, wovon die Hälfte eingebürgert ist.

In diesem Zeitraum emigrierten 600'000 Schweizer. Es ist logisch, dass unsere Umweltqualität besser wäre mit lediglich 5 Mio. Einwohnern und entsprechend weniger motorisiertem Verkehr als beim Status quo von beinahe 8 Mio.

Ferner ist zu bedenken, dass durch die horrende Einwanderung 100'000 Hektaren Grünfläche verloren gingen, welche für die Luftreinhaltung – CO₂-Absorption durch Assimilation – nicht mehr zur Verfügung steht. Für die Grünen sind diese Fakten leider kein Thema und Ch. Blocher sucht das Problem bei den Asylanten, deren Anteil mit 5% klein und in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung ist.

Um einen effizienten Klima- und Umweltschutz zu erzielen, müsste die Schweiz nebst einem Einwanderungsstopp eine massive Besteuerung der Treibstoffe einführen. Beim heutigen Mobilitätsbedürfnis würde damit allerdings wenig erreicht und die Reichen privilegiert. Die Warentransporte würden dermassen verteuert, dass sie einen namhaften Teuerungsschub zur Folge hätten.

W. Grob, Jona

Kulturelle Bereicherung?

Die neuste Statistik des Gefängnisses von Lenzburg zeigt, dass 80 Prozent der Insassen Ausländer sind. Auffallend ist ebenfalls die «bunte» Zusammensetzung. Anzahl nach Nationalität: 37 Serbien, Montenegro und Kosovo, 17 Albanien, 9 Mazedonien, 1 Moldavien, Bosnien-Herzegowina, 2 Kroatien, 6 Türkei, 10 Libanon, 5 Sierra Leone, 5 Italien, 4 Polen, 3 Öster-

reich, 2 Frankreich sowie Algerien, Somalia, Angola, Ghana, Guinea, Marokko, Sudan, Tunesien, Irak, Iran, Pakistan, Palästina, Sri Lanka, Sudan, Vietnam, Elfenbeinküste und zwei Staatenlose.

Man kann fast sagen, die ganze Welt ist im Gefängnis in Lenzburg vertreten.

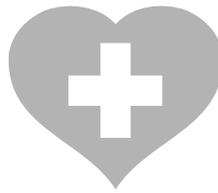
Kurt Koller Lichtensteig/SG



Liebe Leserinnen und Leser

Je kürzer und prägnanter Ihr Leserbrief ist, um so eher sehen wir die Möglichkeit einer Publikation.

Ihre SD-Redaktion



U.E. plus Schengen, quelques questions



Mary Meissner,
Vernier

Lorsque la Conseillère fédérale, Mme Calmy-Rey a déclaré dans son discours d'investiture que les accords bilatéraux servaient à «préparer le terrain» à une adhésion rapide de la Suisse à l'UE, l'odeur de Schengen était déjà très présente, et maintenant que les accords bilatéraux viennent d'être contresignés par trois conseillers fédéraux Deiss, Calmy-Rey et Merz qui se sont rendu personnellement à Bruxelles, une simple citoyenne comme moi se pose des questions auxquelles j'aimerais recevoir des réponses.

1. Le fait d'être partie prenante à ces accords, nous oblige-t-il à accepter les directives futures qui viendront s'ajouter aux directives actuelles sans nous demander notre avis?

2. A travers Schengen, la Suisse devra-t-elle accepter une législation élaborée pour des juges étrangers système appliqué dans les colonies où la Suisse n'a jamais participé?

3. L'ouverture de nos frontières signifie-t-elle l'arrivée massive de criminels voyant la Suisse comme un pays de Cocagne prêt à être pillé sans vergogne? (*Rappelons que dans la seule année 2003, 100 000 personnes ont été refoulées aux frontières et 54'000 ont été remises à la police, sans compter env. 8000 personnes entrées illégalement*)

4. L'imposition de l'épargne fait-elle partie des accords de Schengen? La Suisse dans ce cas est le seul pays au monde à devoir encaisser des impôts pour le compte d'une puissance étrangère. Et dans ce cas, nos banques qui nous facture chaque manipulation comptable, présenteront-elles une facture salée pour ce travail supplémentaire?

5. Est-ce que l'UE nous accordera l'accès technique à ses banques de données dans le secteur de la criminalité de l'asile?



«Chart» (Journal français)

6. Est-ce équitable que l'UE demande des paiements de cohésion s'élevant à des milliards de francs parce que les pays pauvres de l'Est crient misère?

7. Est-il logique de laisser nos industries se délocaliser en parallèle pour bénéficier de salaires plus bas, mettant au chô-

mage nos propres travailleurs, alors où produire les milliards demandés?

Pourrai-je avoir des réponses à ces questions qui sont cruciales dans le contexte actuel de stagnation financière, économique, morale et psychique où nous nous trouvons?

Le Piloni

Un Suisse étrange

Omar, cet homme basculant dans l'islamisme, qui kidnappe ses deux fillettes pour les emmener en Malaisie et se fait emprisonner en Suisse pendant cinq ans sans dire où il a séquestré ses enfants, vient de se faire arrêter pour la deuxième fois. En effet, après bien des péripéties, la mère a pu récupérer ses deux petites filles, mutilées, parce qu'elles ont été excisées en Malaisie durant leur séjour dans une famille du cru. Je raconte cette histoire qui se répète des milliers de fois dans le monde où des fillettes sont mutilées à vie, sans que les hommes responsables d'une telle horreur, sous prétexte de traditions, soient le moins du monde inquiétés par la justice de leurs pays qui considère cet acte odieux comme une lésion corporelle simple! Le comble est atteint chez nous où

la loi suisse qui considère l'excision comme une lésion corporelle grave, va juger cet père indigne et dévoyé selon la loi malaise plus favorable à ce genre de sévice. Il serait temps que notre système judiciaire souvent parfaitement inconséquent, change la loi afin que ces délits soient jugés à l'aune de leur horreur surtout s'ils sont pratiqués sur des citoyennes suisses. Une fois de plus, les femmes sont les victimes innocentes d'une société déséquilibrée.

Incongruités à répétition

Nous revenons à ce principe que nous avons évoqué concernant le tabac qui, source de mortalité gravissime, devrait être arraché de la même façon que le cannabis. Il en est de même avec le problème récurrent de la pollution par le phosphore dans le lac Léman. Les légis-

lateurs ne s'attaquent jamais aux producteurs et fabricants qui sont à la base de ces dégradations, leurs interdictions de publicité sont incomplètes et partiales et ils demandent à la population de limiter ses achats de produits dangereux. Avec notre manière de vivre aujourd'hui, conditionnée par le stress, les horaires de travail, les grandes surfaces présentant avantageusement les marchandises les plus attrayantes, le manque de temps pour lire les indications figurant sur les emballages, etc., c'est trop demander aux consommateurs s'ils doivent trier de surcroît les produits les moins polluants. Il faut interdire aux fabricants d'utiliser des produits mis à l'index, ainsi dans les rayons des magasins, la population sera obligée de choisir ce qu'il y a. Pourquoi faut-il s'y prendre à rebours? Si quelque chose est inapproprié, si les fruits d'une arbre sont pourris, si une plante ou un produit chimique est dangereux, il

y a lieu de s'attaquer aux racines du mal, ce qui est plus facile que de demander à des millions de consommateurs de réfréner leurs envies ou d'ajouter à leurs soucis, celui d'une réflexion approfondie.

Absurdité confirmée

Décidément, l'U.E. accumule les dérapages, tel celui de Chypre. Nous avons écrit il y a quelque temps, que la Commission européenne proposait d'aider financièrement le côté turc de l'île de Chypre. Or nous apprenons que mercredi passé, la dite commission vient d'adopter une série de mesures destinées à aider le nord de l'île à rompre son isolement comprenant une aide économique de 259 millions d'euros destinés au développement des infrastructures, du social et de l'économie. Ce qui signifie que le but de l'U.E. est

Croissance économique = pollution

Pollution à tous les niveaux: physiques et psychiques. De toutes façons, vu l'accroissement de la population, les chiffres liés à l'économie sont forcément à la hausse. Si de surcroît, les pays émergents veulent copier le super-bien-être des pays industrialisés, une pollution encore plus grande détruira l'environnement terrestre. Avec comme seul but la première place dans les statistiques de la croissance mondiale, n'oublions pas que la plupart du temps, ce but ne peut être atteint que par des dérogations aux lois difficilement élaborées lors de Congrès internationaux ajoutées aux lois en vigueur, hélas! pas partout dans le monde. Il n'est dès lors pas étonnant que tout se dégrade autour de nous, tant le climat que les mentalités, chacun voulant paraître faire mieux que les autres, même si c'est au détriment de la santé et de la paupérisation des populations. Oh! tout cela est présenté sous un jour pudique et prétendument transparent, afin que les gens gobent sans sourciller le fait qu'ils vont être encore plus stressés et abusés médicalement. Toutes les astuces sont mises en place pour mieux nous piéger: Bourses, machines à sous,

casinos, lotos, placements avantageux, gains faramineux d'actions ou d'obligations, uniformisation de production tant dans les tissus que dans les graines génétiquement modifiées, programmes télévisés, thèmes cinématographiques et la cerise sur le gâteau, téléphonie mobile et internet. Les êtres humains, sans qu'ils s'en aperçoivent, sont englués de plus en plus dans une toile d'araignée dont ils ne peuvent se dépêtrer et dans laquelle ils mourront étouffés et broyés. Par êtres humains j'entends aussi bien les inventeurs, que les profiteurs et les utilisateurs naïfs de tous ces médias et moyens sophistiqués qui poussent dès leur jeune âge les individus à la compétition, à l'individualisme et à l'intolérance. Il y a bien des groupements qui essaient de palier à ces dégradations irréversibles attaquant la religion, la famille, l'esprit d'entraide, la santé et les budgets, en s'appuyant sur des principes moraux, mais le système international des Droits de l'homme biaisés par les interdits politiquement corrects, et des associations aux buts diamétralement opposés, court-circuitent et neutralisent tout effort de redressement moral. Alors, les

tireurs de ficelles mettent en place des joutes footballistiques qui obnubilent le cerveau des moutons devenant loups dans les tribunes des stades, qui retourneront avachis à leurs étables conditionnées. Quant aux riches dirigeants connus, ils continuent à vouloir concrétiser leurs utopies. Pour les uns, un Grand Orient pétrolier à leurs bottes, pour les autres un mélange dangereux d'ethnies disparates, incluant les lapidations, la polygamie, l'esprit toujours vivant du communisme et bientôt les déviations de tous les truismes dégradant l'humanité.

Un exemple frappant est celui de l'adhésion de la Turquie à l'Union Européenne. De quoi parle-t-on pour convaincre les récalcitrants? De son PIB qui s'améliore, de sa croissance économique, de sa fiscalité qui s'harmonise, de sa meilleure sécurité sociale ou d'une inflation qui diminue. On oublie de demander à ce pays des comptes sur les précautions qu'il a prises pour juguler la pollution, les incarcérations, la liberté des femmes et un meilleur contrôle des prêts du FMI. Bref, je répète ce que je dis depuis des années, nous allons dans un

mur et le sachant, nous ne faisons rien pour stopper ces fuites en avant. Et je ne pense pas que l'idée mirobolante des Canadiens d'exporter leur eau en citernes ou en barils comme le pétrole, améliorera une situation catastrophique. Cela coûterait moins cher d'attendre la fonte des Pôles. Ah! ha!

Maria de Seimners

Le Pilori

Suite de page 13

d'obliger les Chypriotes grecs à accepter d'inclure ce chancre qui rongé leur petit territoire depuis 30 ans, dans le magma européen préparant l'entrée de la mère Turquie, principale cause du déséquilibre de Chypre. Le comble c'est que les habitants qui ont refusé massivement la réunification, devront payer à travers leur contribution financière à Bruxelles, une partie de ces millions offerts à leurs pires ennemis et occupants.

Pauvres innocents

On apprend qu'à Genève, des voyous ont fait sauter des bâtons de dynamite dans les falaises sablonneuses de l'Allondon, où nichent des hirondelles minuscules venant d'Afrique, en voie de disparition. Elles viennent nicher dans des carrières désaffectées, leur territoire de reproduction diminuant au fil des ans. Il n'y avait qu'une cinquantaine de couples. Combien en reste-t-il? Il y a pire. En Espagne quelques

2880 kilos d'ivoire en pièces brutes et taillées ont été découverts à Madrid. C'est la plus importante saisie de ce genre jamais opérée. Les enquêteurs de la garde civile estiment qu'il a fallu sacrifier plus de 400 éléphants pour obtenir une pareille quantité d'ivoire. Comme quoi il y a des voyous partout dans le monde qui ne respectent pas ces êtres vivants qui ont autant le droit de vivre sur cette planète que les humains devenant de plus en plus barbares, et ceci inutilement, car ils n'ont pas l'excuse d'être nés dans la préhistoire.

L'ONU se réveille enfin!

L'année passée j'ai dénoncé dans notre journal, les aberrations effroyables que provoquaient le gaspillage innommable institutionnalisé dans l'application de la gestion du programme «pétrole contre nourriture». Sans revenir sur les vols organisés, les prébendes encaissées à mauvais escient, ou les dessous de table divers, je suis heureuse de vous annoncer qu'une nouvelle mission a été confiée au juge genevois Laurent Kaspar-Ansermet.

Ce magistrat va enquêter sur les exactions précitées, à la tête d'une commission d'enquête indépendante chargée de clarifier les comptes et les allégations de mauvaise gestion qui planent sur 67 milliards de francs. Cette commission aura accès aux archives et je me demande si Laurent le Magnifique tiendra le coup au vu des malversations et dépenses somptuaires faites sur le dos du pétrole irakien en défaveur de la population supposée bénéficier de cette manne. Un autre Suisse, Mark Pieth, professeur de droit à l'université de Bâle accompagnera le magistrat en Irak et dans les pays voisins pour procéder à des enquêtes. Il y aura aussi un haut fonctionnaire canadien Reid Morden et un spécialiste de l'analyse des archives comptables Frank Hydoski.

Kofi Annan qui était au courant des magouilles onusiennes en Irak déjà en mars de l'année passée, s'est enfin décidé à faire toute la lumière, un peu tardivement. Mais mieux vaut tard que jamais. Il y a fort à parier que l'on assistera aux

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Suite en page 15

mêmes conclusions d'incompétence, de profitage que celles concernaient les armes de destruction massive, et de collusion avec Al Qaida. Etrange destin de ce pays, berceau d'une civilisation hautement développée, qui subit d'abord les violences d'un dictateur boulimique, puis les affres de mensonges éhontés proférés par un autre dictateur étranger, pour finir spolié, volé et abusé par les hyènes allogènes de multinationales sans scrupule.

Suggestions

A Genève un vendeur de cocaïne Ivoirien se fait arrêter pour trafic de cocaïne malgré une expulsion judiciaire de cinq ans. La police l'enferme à Champ Dollon la prison surchargée de ce canton, et il y sera entrete nu puis restera en Suisse *car il s'agit d'un sans-papier*. De qui se moque-t-on? On

sait qu'il est Ivoirien, alors même sans papier, qu'on le renvoie en Côte d'Ivoire. Comme notre humanitarisme consiste aussi à prendre en considération l'acceptation ou le refus de ces voyous de retourner chez eux, on devrait les envoyer illico presto au Jaun Pass dans ce bâtiment perdu au milieu des Alpes, avec seulement pain et eau. Je pense qu'ils retourneraient avec plaisir dans leur pays.

Il en est de même avec ce Français de 42 ans domicilié à la Coruna en Espagne, qui vient jusqu'en Suisse pour dealer malgré trois expulsions judiciaires. Incarcéré à Champ Dollon, il sera de nouveau entrete nu et logé à nos frais. Pourquoi ne l'envoie-t-on pas au Jaun Pass? Cela lui enlèverait probablement l'envie de récidiver?

Au lieu de discuter sur des fuites voulues au Conseil fédéral pour expliquer son incompétence, nos

conseillers fédéraux feraient mieux d'écouter Blocher afin (enfin) de prendre des mesures efficaces et pas se perdre dans des parloties inutiles.

Il devrait en être de même pour les centaines d'autres cas similaires.

Bêtise crasse

Voici ce que je lis dans la Tribune de Genève de ce jour: «*Les risques d'une nouvelle canicule inquiètent les autorités ET LA GAUCHE*».

Je souligne exprès ces trois mots qui démontrent s'il en était encore besoin, la volonté de certains journalistes de vouloir à tout prix faire une différence entre les autorités d'un côté et la gauche de l'autre, alors que celle-ci fait aussi partie du gouvernement.

A toujours vouloir semer la zizanie par des prises de position et des mots provocateurs, il n'est pas

étonnant que pour des questions importantes qui concernent tout un chacun sans distinction de couleur, il soit difficile de tirer à la même corde. Dans le cas présent, se préoccuper des risques que pourra provoquer une nouvelle canicule dans la population, n'a pas de couleur politique et tant mieux si tout le monde s'implique et essaie de mettre en place des moyens de prévention et des avertissements quelles que soient leurs convictions personnelles.

Bref un gouvernement chez nous est multicolore et élu par votation démocratique et il serait temps de cesser de le couper en morceaux comme une tarte composée de plusieurs fruits selon le bon vouloir de quelques uns. Mangeons tous la tarte que nous avons produite démocratiquement. Ceci concerne aussi bien les autorités cantonales que fédérales. *Octopus*

En parcourant la presse

Effondrement du Terminal de Roissy

Une des victimes était probablement un agent secret venant d'Uhrainc et se dirigeant vers Miami. La victime portait sur elle un passeport tchèque volé à une certaine Martina Mala, mère de deux filles et habitant à Prague. Ce passeport déclaré volé en 2004 avait un visa américain valable encore trois ans. Cet effondrement n'était probablement pas si anodin que cela.

Chirac se distingue

Il vient de décerner la médaille de la Légion d'honneur au secrétaire général du MRAP, Mouloud Aounit, qui conduit la liste du parti communiste à St-Denis. Décidément Chirac préfère honorer un rouge beur qu'un vrai Français comme Le Pen par exemple. Que ne doit-on pas faire pour être promu chevalier en France?

Vingt trois millions d'euros

C'est la subvention votée par la Commission européenne pour soutenir l'intégration des minorités russes installées en Lettonie et en Estonie. Autrement dit, l'Europe fait payer une aide conséquente aux occupants russes anciens Soviétiques. L'Europe se délélite.

Le scandale Parmalat

Francesco Giuffredi un des patrons du trust italien Parmalat en pleine déconfiture, a demandé l'aide de sa succursale à Moscou la branche OAO-WIMM-BILL-DANN cotée en Bourse ouverte en 1991. A noter

qu'un de ses directeurs Gavril Youshalev vient de passer plusieurs années en prison pour meurtre. Il était lié au crime organisé. Décidément l'Europe n'a plus de morale.

La CIA en question

Georges Tenet, le directeur de la CIA, a dû démissionner pour avoir écouté les conseils fielleux du *Bureau d'Opérations spéciales*, créé par Richard Perle, l'éminence grise de la Maison Blanche. Il ne peut pas se défendre parce qu'il lui faudrait exposer qu'un certain «lobby» existe qui a imaginé dès 1996 de détruire l'Irak dont les armes (qui existaient jusqu'en 1991) menaçaient Israël. Ce lobby lié à Tel Aviv, aussi bien au clan Sharon qu'à son rival Netanhyaou, s'est installé au Pentagone et autour de Bush avant et pendant son élection. Projet: un Grand Israël qui dominerait un Grand Moyen Orient, main dans la main avec Washington. Le transfuge du Mossad, Victor Ostrovsky qui vit aux Etats-Unis, l'avait dévoilé déjà en l'an 2000. Mais il ne savait pas qu'il parlait aux illuminés du grand projet.

Polygamie

La polygamie interdite par la loi en France, s'est instaurée de fait, sous prétexte que le gouvernement doit s'adapter aux moeurs musulmanes et non les musulmans aux lois du pays qui les accueille. A ce jour, 20'000 cas, tel celui de cet imam récemment expulsé, qui a trois femmes et treize enfants. L'admini-

stration admet qu'au moins 300 millions d'euros par an sont versés aux polygames. En parallèle, oh! tristesse! le ministre Douste-Blazy cherche comment faire des économies sur le dos des allocations familiales et de la sécurité sociale. Ces gens au pouvoir sont-ils des ploucs ou des imbéciles?

Subventions détournées

La Mairie de Paris vient d'octroyer 10 000 euros au MRAP, le concurrent de la LICRA et 6000 euros au Beit Haverin, l'association des homosexuels juifs. Dans le même temps la mairie répond aux vétérans du renseignement et de la Sécurité du pays qui touchaient des subventions depuis 48 ans, qu'elle suspend ses versements parce que ses caisses sont vides.

Visites françaises

Lorsqu'un candidat potentiel à la présidence se rend aux Etats-Unis, il ne va pas consulter le Conseil des Hispaniques (15% des votants américains) ou des Noirs (13%) mais le plus influent des comités juifs (2% de l'électorat). Il est aussi reçu au siège du CFR à New York comme Chaban Delmas, Sarkozy, Michel Rocard et Jacques Chirac. Il y a vraiment trop de Français à venir tirer les sonnettes. A noter que ce sont ces gens qui dirigent l'U.E, ce qui présuppose une main américaine conduisant la cabbale.

Les cachotteries de Bill Clinton

Ce président là n'a pas fait que des gambades avec Monika Lewinsky. Malgré ses erreurs politiques, il a aussi créé en 1998 un Comité Economique, auquel personne n'a pris

garde. A savoir qu'avec 17 agences régionales l'appareil industriel et commercial des Etats-Unis disposait dès lors d'un outil de renseignement qui se chargeait d'aider et d'accompagner: dans le monde ses efforts pour détecter, puis infiltrer et si possible s'emparer des concurrents étrangers. On l'a même appelé l'Opération Rohatyn. C'est le nom d'un ambassadeur américain en France qui a implanté discrètement du temps de Mitterrand et aujourd'hui de Jacques Chirac dans la moitié des huit régions de France, des «pôles» d'influence incarnés par des spécialistes américains aux aguets de toute occasion «d'aider» et de coopérer avec des entreprises. Philantropie? De qui se moque-t-on?

Le décapité d'Al Qaida

Egorgé et décapité par un «Tribunal islamiste» Michel Berg n'était sans doute pas ce qu'en a dit la presse, laquelle a d'ailleurs cessé brusquement de médiatiser ce drame. Il avait été interrogé par le FBI en 2002 pour ses fréquentations avec des étudiants arabo-musulmans de l'Université d'Okla-homa... qui suivaient des cours de pilotage. Il avait même autorisé le franco-marocain *Moussaoui* à utiliser sa messagerie électronique. La sécurité irakienne, sous contrôle américain, l'avait détenu treize jours car sur son passeport figurait un visa israélien. N'est pas agent double qui veut et les photos peuvent être truquées. Qui a vraiment décapité Berg?

Charlotte Morel

Tiré de la Lettre d'information de Pierre de Villemarest

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
*Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf*
*Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)*
*Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)*
*Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden*
*Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen*



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Verwässertes Ausländergesetz

Die jetzt vorliegende Fassung des Ausländergesetzes ist unbefriedigend und für die Schweizer Demokraten inakzeptabel. Keineswegs hält dieses Gesetz dem Zuwanderungsdruck auf unser kleines, dicht besiedeltes Land stand. Durch die massive Ausdehnung der Bestimmung zum Familiennachzug muss befürchtet werden, dass die Zuwanderung nicht eingedämmt wird, im Gegenteil, der Familiennachzug wird nochmals massiv zunehmen. Im Gegensatz zur bundesrätlichen Fassung und der Kommissionsfassung wurde zudem eine Bestimmung neu eingebaut, die de facto wieder eine Rekrutierung unqualifizierter Arbeitskräfte auch von ausserhalb des EU/Efta-Raumes ermöglichen soll. Zudem wurden beinahe alle

Anträge für griffige Massnahmen zur Rechtsmissbrauchsbekämpfung abgeschmettert.

Völlig unbefriedigend ist auch die Rechtslage bei der Ausschaffungs-, Vorbereitungs- und Durchführungshaft. Namens der Schweizer Demokraten werde ich dieses Gesetz ablehnen und darauf hoffen, dass der Ständerat die noch notwendigen Korrekturen anbringen wird. Ansonsten müssen bereits Allianzen geschmiedet werden, damit dieses unglückliche Gesetz mittels Referendum dem Volk vorgelegt werden kann.

*Schlusswort von SD-Nationalrat
Bernhard Hess, anlässlich
der Debatte zum Ausländergesetz
vom 16. Juni 2004*

**Dagegen kämpfen wir am
26. September 2004: Junge
Ausländer, welche nur 5 Schul-
jahre in unserem Land ver-
bracht haben, sind zu wenig
gut integriert, als dass man
ihnen den Schweizerpass
geben dürfte!**

**Wir fordern: Wer sich einbür-
gern will, kann das auf norma-
lem Weg tun – Voraussetzung
ist, dass diese Person mit
den Sitten und Gebräuchen
unseres Landes bestens
vertraut und bekannt ist und
unsere Sprache gut spricht!**

**Volksabstimmung: Das müssen
wir den Leuten sagen: Jeder
eingebürgerte Ausländer, jede
eingebürgerte Ausländerin
wird wieder durch eine neuein-
wandernde Person ersetzt.
Wegen diesem Mechanismus
drängen ständig mehr Leute
ins Land und die Überfremdung
und Übervölkerung wird immer
grösser!**

**Raserstatistik: Überdurch-
schnittlich viele Männer aus
dem Balkan und allgemein
Ausländer verursachen schwe-
re Verkehrs- und Raserunfälle
mit Todesfolgen und Schwerst-
verletzten. Die Kostenfolgen
tragen wir Steuerzahlenden
und ein beachtlicher Teil davon
wird auch auf unsere Kranken-
kassenprämien abgewälzt!**

**Doppelbürgerrechte, die es mit
der automatischen Einbürgere-
rung der zweiten und dritten
Ausländergeneration gäbe,
lehnen wir ab! Nur wer sich
zum Schweizersein bekennt,
ist ein echter Einheimischer!**

Zitat zum 1. August:

*Das Rütli ist ein abgelegener
Flecken, eine kleine
Wiese, aber ich wüsste
kein anderes Stück Erde,
das (...) mehr wert wäre,
Ozeane und Kontinente
zu durchqueren, um es zu
sehen.*

Mark Twain

(zitiert nach dem Pro-
spekt für die Freilicht-
Aufführung auf dem Rütli
im Sommer 2004 anläss-
lich des Jubiläums 200
Jahre seit der Urauf-
führung am 17. März
1804 in Weimar)

Volksabstimmungen vom 26. 9. 2004

Die SD-Delegierten- versammlung beschloss:

NEIN zum Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über die ordentliche Einbürgerung sowie über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation

NEIN zum Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über den Bürgerrechtserwerb von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation

JA zur Volksinitiative vom 26. April 2002 «Postdienste für alle»

NEIN zur Änderung vom 3. Oktober 2003 des Erwerbsersatzgesetzes (für Dienstleistende und bei Mutterschaft)

SD-Initiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten»:
Bitte jetzt sämtliche Unterschriftenbogen zurücksenden an
SD, Postfach 8116, 3001 Bern. Vielen Dank!